

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 39

Horst Richter



Zerfall und Untergang eines Imperiums

Die letzten Jahre der UdSSR

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2013

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 39

HORST RICHTER

*Zerfall und Untergang
eines Imperiums*

*Die letzten Jahre
der UdSSR*

*

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2013

ISBN 978-5-89819-397-9

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2013
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
www.sachsen.rosalux.de
info@rosalux-sachsen.de

Umschlaggestaltung: Jutta Damm-Fiedler
Redaktion und Satz: Daniel Neuhaus
Herstellung: GNN-Verlag Sachsen GmbH,
Badeweg 1, D-04455 Schkeuditz

Inhalt

Vorbemerkung	7
Gründung und Ende der UdSSR	14
Das Riesenreich der UdSSR	19
Perestroika und Niedergang	23
Staatskrise	31
Der Nationalitätenkonflikt	38
Der Rettungsanker: Unionsvertrag	42
Der Todesstoß im Belowescher Forst	47
Gorbatschow und Jelzin im Niedergangsprozess der UdSSR	53
Nachspiel für Jelzin	56
<i>Anlagen</i>	61

Vorbemerkung

Weder Freund noch Feind der UdSSR wäre in den 80er Jahren in den kühnsten Träumen in den Sinn gekommen, dass es in absehbarer Zeit dieses Riesenreich, diese Supermacht nicht mehr geben wird.

Und dennoch: Kurz vor dem Jahreswechsel 1991/92 ist die UdSSR von der Landkarte verschwunden. Ihr Untergang zählt mit zu den großen weltgeschichtlichen Ereignissen im 20. Jahrhundert. Seit dem hat sich die Welt verändert.

Es gibt keinen »Kalten Krieg«, kein Gleichgewicht der Kräfte mehr. Trotzdem ist die Welt nicht ruhiger geworden. Siehe Afghanistan, Syrien, Ägypten, Gazastreifen und anderes.

Als Absolvent der Staatlichen Lomonossow-Universität Moskau fühlte ich mich eng mit der Sowjetunion verbunden. Ich gehörte mit zu den ersten Studenten aus der DDR, die nach dem Krieg in der Sowjetunion studierten.

Während meines Studiums in Moskau – 1951 bis 1956 – fanden Ereignisse statt, die für die Sowjetunion, überhaupt für die Nachkriegsgeschichte, von außerordentlicher Bedeutung waren.

Im März 1953 starb Josef Wissarionowitsch Stalin.

Im Februar 1956 fand der XX. Parteitag der KPdSU statt. Der damalige Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, hielt auf ihm eine Geheimrede, die, wie die nachfolgende Zeit zeigte, für die Sowjetunion und die gesamte kommunistische Weltbewegung von schicksalhafter Bedeutung war.

Beide Ereignisse, die ich in Moskau miterlebte, haben sich bei mir tief eingepägt.

Der Tod Stalins bleibt für mich unvergessen. Ich befand mich damals im dritten Studienjahr. Die Anteilnahme der Bevölkerung war unbeschreiblich. Die Stadt Moskau, wie das gesamte Land, schienen wie gelähmt. Ratlos wurde die Frage gestellt, wie es weiter gehen soll. Bei bitterer Kälte harrte eine unübersehbare Menge an Menschen auf Straßen und Gassen aus, um von dem im Kolonnensaal aufgebahrten »großen« und »genialen« Führer Abschied zu nehmen.

Als Vorsitzender der Landsmannschaft deutscher Studenten und Aspiranten in Moskau bot sich für mich die Gelegenheit, ohne in Reih und Glied stehen zu müssen, die sterbliche Hülle von Stalin zu sehen. In schlichter Uniform, ohne Orden, von Blumen umrahmt, lag der »weise« Führer aufgebettet in einem einfachen Sarg. Trauermusik von Tschaikowski unterbrach die andächtige Stille. Als ich am Sarg stand, erlebte ich, wie ein alter bärtiger Mann – offenbar ein Bauer – niederkniete, seine rechte Hand an sein Herz legte und die Worte zu verstehen gab: Josef Wissarionowitsch, wir sind Rawnowesniki (im gleichen Alter), nimm mein Herz, damit Du weiter leben kannst. Das Erlebnis hat mich tief berührt.

Viele Menschen hatten ihr Leben mit dem Namen Stalin verbunden. Sie waren bereit, es für ihn zu opfern.

Unvergessen bleiben für mich ebenfalls die Tage, an denen der XX. Parteitag der KPdSU stattfand.

Es war durchgesickert, dass Nikita Chruschtschow eine Rede gehalten hat, die streng geheim war. Genaueres war nicht bekannt. Es gab viele Spekulationen und Vermutungen.

Näheres über die Geheimrede erfuhr ich von meinem Mitstudenten Sascha Antschischkin. Er war der Komosomolvorsitzende (Komsorg) in meiner Seminargruppe. Sein Vater war Ökonomieprofessor. Sascha wohnte bei seinen Eltern im »Haus am Ufer« in Moskau. Das Haus war berühmt. In ihm lebten in für die damalige Zeit komfortablen Wohnungen namhafte Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler. Sascha war Beststudent. Nach seinem Studium ging seine wissenschaftliche Karriere steil auf-

wärts. Noch jung an Jahren wurde er Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, was für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlich war. Er gehörte mit zu dem Stab, der die Führung des Landes über Fragen des wissenschaftlich technischen Fortschrittes beraten hat. Leider ist er viel zu früh verstorben.

Mit der Geheimrede Chruschtschows wurden die Funktionäre des Komsomol vertraut gemacht. Als Sascha Antschischkin Kenntnis davon hatte, suchte er mich auf. Ich wohnte im Internat auf den Leninbergen in einem Einzelzimmer. Für Sascha war die Welt zusammengebrochen. Es war für ihn unfassbar, dass Stalin derartige Verbrechen, die in der Geheimrede offen gelegt wurden, begangen haben soll. Er konnte nicht glauben, dass mehr als die Hälfte der Delegierten des XVII. Parteitags der KPdSU (1934) in der Folgezeit verhaftet und ein großer Teil von ihnen hingerichtet wurde. Opfer wurde vor allem der Leninsche Kern der Delegierten. Saschas Ideale waren zerstört. Er wollte mit dem Leben Schluss machen. Unser Gespräch dauerte Stunden. Sascha sah wieder Licht im Dunklen. Er schöpfte wieder Hoffnung.

Aber der Geist des Anti-Stalinismus war aus der Flasche, damals als Kampf gegen den Personenkult bezeichnet. Trotz aller Versuche, ihn wieder einzufangen: es war nicht mehr möglich. Nach Ilja Ehrenburg begann eine Periode des Tauwetters.

Mit dem Anti-Stalinismus war ein Samenkorn entwichen, das erst nach dreißig Jahren aufkeimte. Es entstand eine »Blüte«, die Perestroika, eine »große Reform«, die nur eine kurze Zeit Bestand hatte.

An der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität lehrte und forschte die Elite der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft. Noch heute erinnere ich mich an Vorlesungen und Seminare der Professoren Blumin (Geschichte der Ökonomischen Lehrmeinungen), Paschkow (Politische Ökonomie des Sozialismus), Zagolow (Politische Ökonomie des Kapitalismus), Tatur (Rechnungswesen) und viele andere. Ihnen bin ich dankbar für das Fachwissen, das sie uns vermittelt haben.

Natürlich lag auch der Schatten des Stalinismus auf unserer Ausbildung. Einfluss hatte vor allem die letzte Schrift Stalins »Ökonomische Probleme der UdSSR«, die 1952 erschienen ist. Nach Stalin – und das war die offizielle Lehrmeinung und gängige Wirtschaftspraxis – waren Ware, Geld, Wert, Preis, Gewinn, Kredit, Markt, überhaupt die Warenproduktion, ökonomische Verhältnisse und Kategorien, die dem Sozialismus nicht wesenseigen sind. Sie wurden als Fremdkörper aufgefasst. Sie existierten zwar, spielten in Wirtschaft und Gesellschaft aber eine untergeordnete Rolle. Die Wirtschaft wurde nicht durch mit Warenproduktion und Markt verbundene Instrumente wie Preise, Gewinn, Kredit, Zins und andere ökonomisch reguliert, sondern sie wurde in der Hauptsache durch den Staat administrativ geplant und geleitet.

Und dennoch, im Zentrum des Ökonomiestudiums stand die Marxsche Ökonomische Theorie. Höhepunkt waren Vorlesungen über die Geschichte der Ökonomischen Theorien und Spezialseminare zum »Kapital«. Die »Kapital«-Seminare waren im sprichwörtlichen Sinn Denkschulen. Wir lernten die Marxsche Denkmethode, die Materialistische Dialektik kennen, die uns geholfen hat, ökonomischer Prozesse zu analysieren und in Erscheinungen, die unter Kapitalverhältnissen verschleiert und fetischisiert sind, das Wesentliche, das Gesetzmäßige zu erkennen.

Eine Folgewirkung des Stalinistischen Dogmatismus war, dass es in unserer Ausbildung keine Lehrveranstaltung bis auf Wirtschaftsstatistik zur Anwendung der Mathematik in der Wirtschaft gab. Argumentiert wurde, die Mathematik führe zur Beschreibung und Formalisierung ökonomischer Erscheinungen. Sie führe nicht zur Erkenntnis von Wesensbeziehungen in den Produktionsverhältnissen. In der bürgerlichen Ökonomie diene die Mathematik lediglich zur Apologetisierung der Kapitalverhältnisse.

Zweifellos gibt es in den bürgerlichen ökonomischen Theorien mathematische Spielereien zur Erstellung von Wirtschaftsmodel-

len, die fern ab der Realität sind und keinen Erkenntniswert haben. Doch das ist kein Grund dafür, in der Marxistischen Ökonomischen Theorie die Anwendung der Mathematik abzulehnen.

Marx hat im »Kapital« und in den »Theorien über den Mehrwert« beispielhaft gezeigt, wie durch die Anwendung der Mathematik mit dazu beigetragen werden kann, Wesensbeziehungen einer Produktionsweise aufzudecken und exakt zu formulieren.

Besonders dankbar bin ich meiner Russischlehrerin, die mir mit viel Geduld und Liebe geholfen hat, die russische Sprache zu erlernen. Nie hätte ich in meinem Leben diese Sprache so gelernt, dass ich Texte in Russisch lesen und frei Russisch sprechen kann. Es zeugt von erstaunlicher Kurzfristigkeit, dass in der Gegenwart, vor allem auch bei Fachkräften für die Wirtschaft, kaum Wert darauf gelegt wird, die russische Sprache zu erlernen und zu beherrschen.

Bis zum Ende der DDR hatte ich enge Kontakte mit Ökonomen der Universitäten Moskau, Leningrad und Kiew. Gemeinsam haben wir Bücher und Artikel geschrieben. Wirtschaftswissenschaftliche Texte habe ich aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt. Aus den Wissenschaftskontakten sind langjährige enge Freundschaften entstanden.

Der Untergang der UdSSR, der Zerfall des Einheitsstaates war für viele Freunde und Anhänger nur schwer zu begreifen und nachzuvollziehen. Der Niedergang der UdSSR weckte mein Interesse zu erfahren, warum dieses Land zerfallen ist, warum es nicht mehr besteht.

Eine Antwort zu finden ist nicht einfach. Die Literatur darüber ist widersprüchlich und subjektiv gefärbt. In den offiziellen Medien des Westens dominiert die Meinung, dass die UdSSR durch und durch marode war und unheilbar im Sterben lag. Gestützt wird diese Auffassung von keinem Geringeren als dem ehemaligen Präsidenten der UdSSR, Gorbatschow. In seinem unlängst erschienenen Buch »Alles zu seiner Zeit. Mein Leben« zitiert er zu Beginn des neunten Kapitels zustimmend Eduard Schewardnadse: »Alles ist von oben bis unten verfault.«

Wir, die mit dem Land enger verbunden waren, glaubten, die UdSSR zu kennen.

Unsere Vorstellungen waren oberflächlich. Wir hatten keine Vorstellung von den Problemen, die es gab. Von den Vorgängen und Prozessen, die in der Tiefe der sowjetischen Gesellschaft vorstatten gingen, von den Machtkämpfen, der Vetternwirtschaft, der Korruption, der Schattenwirtschaft, die das Land krank gemacht hatten, waren wir ahnungslos. Wurde in den Westmedien dieses oder jenes Ereignis an das Tageslicht gebracht, so haben wir es als Verleumdung, als Antisowjetismus hingestellt.

Engpässe in der Versorgung, Warenknappheit und Bürokratie waren zwar bekannt, sie trübten aber unwesentlich das Bild, das wir hatten. Gastfreundschaft, warmherzige menschliche Beziehungen, die »Russische Seele« deckten den Mantel über die Probleme, die unter der Oberfläche schwelten.

Und trotzdem bleibt die Frage: War tatsächlich die UdSSR unheilbar krank, war sie tatsächlich zum Sterben verurteilt? Oder gab es eine Alternative?

Im vorliegenden Beitrag wird in der Hauptsache die Frage aufgegriffen, was die Führung des Landes getan, was sie unternommen hat, um es aus der Krise zu führen, um es zu retten.

Welche Kräfte und Gegenkräfte hat es gegeben? Behandelt wird die Zeit während der Perestroika von 1985 bis 1991.

Wichtige Informationen dazu liefern die Veröffentlichungen jener Führungskräfte, die damals, in der Endphase der UdSSR, an vorderster Front standen und das Land regiert haben. So vor allem die Erinnerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow, des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR von 1985 bis 1991 Nikolai Ryschkow, des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU Jegor Ligatschow und des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der KPdSU Alexander Jakowlew, der ein enger Vertrauter von Michail Gorbatschow war.

Im Unterschied zu den bereits übersetzten Memoiren von Gorbatschow und Ligatschow liegen die Erlebnisberichte von

Ryschkow und Jakowlew sowie interne Gesprächsprotokolle des Politbüros des ZK der KPdSU in russischer Sprache vor.

In den genannten Arbeiten gibt es Übereinstimmung darüber, dass sich die UdSSR in einer tiefen Krise befunden hat und dass es unabwendbar war, grundlegende Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft durchzuführen. Mit Teilreformen war es nicht getan.

Der Sozialismus als Gesellschaftssystem wurde nicht in Frage gestellt. Das Zauberwort war »Perestroika«. Der Sozialismus sollte »umgebaut«, sollte »erneuert« werden.

Ebenso wurde der Einheitsstaat UdSSR nicht in Frage gestellt. Es gab keinen Zweifel an seiner weiteren Existenz. Unterschiedlich waren dagegen die Auffassungen über Inhalt, Tiefe, Ausmaß und Tempo der Reformen.

Abweichend sind dagegen die Auffassungen von Alexander Jakowlew. Er bekennt sich als Gegner des Sowjetsystems und als Antikommunist. Er forderte offen, das bestehende Gesellschaftssystem zu beseitigen. In einer geheimen Beratung unterbreitete er Anfang Januar 1990 sogar den Vorschlag, durch einen Coup d'État (Staatsstreich) das Sowjetsystem zu liquidieren.

Gorbatschow erhielt davon Kenntnis. Er lehnte den Staatsstreich ab mit der Begründung, dass er nicht die Fähigkeit habe, einen Umsturz im Staat durchzuführen.

Gründung und Ende der UdSSR

Am 30. Dezember 1922, fünf Jahre nach der Oktoberrevolution, nach Kriegskommunismus und Bürgerkrieg, nach Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) wurde ein neuer Staat, »Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken«, die UdSSR, gegründet. Ein gänzlich neuer Staat war entstanden. Er war in die Weltgeschichte eingetreten mit dem Anspruch, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, die frei und gerecht ist, eine Gesellschaftsordnung, in der denen die Früchte gehören, die sie schaffen. Keiner soll auf Kosten anderer leben. Richtschnur waren die Worte von Marx und Engels aus dem »Manifest der Kommunistischen Partei«: »Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.«¹

Dem neu gegründeten Staat UdSSR gehörten damals an: die selbständigen Sowjetrepubliken Russische Föderation, Ukraine, Weißrussland und die Transkaukasische Republik. Letztere bestand aus Georgien, Armenien und Aserbaidshan. Die Transkaukasische Republik existierte bis 1936. Nach ihrer Auflösung traten die ihr angehörigen Sowjetrepubliken der UdSSR bei. 1925 gehörten die Usbekische Sowjetrepublik und die Turkmenische Sowjetrepublik zum Bestand der UdSSR. Ihnen folgten Kasachs-

1 Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW. Bd. 4. S. 477.

tan und Kirgisien. Kirgisien war autonome Republik und erhielt den Status einer Sowjetrepublik.

Im Jahr 1936 wurde nach Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft der Sieg des Sozialismus verkündet. Nach einem für die Bevölkerung opferreichen Weg wurde eine mächtige materiell-technische Basis geschaffen.

Die UdSSR hatte sich von einem Agrarstaat in einen Agrarindustriestaat verwandelt. Der Anteil der Industrie an der Gesamtproduktion war auf 70 Prozent angewachsen.

Gekrönt wurde der Sieg im Dezember 1936 mit der Annahme einer neuen Verfassung.

Die Geburt und das Gedeihen des neuen Staates war in vielen Ländern mit Hoffnung und mit Misstrauen, mit Respekt und Zurückhaltung verbunden. Mit der Gründung der UdSSR hatten vor allem einfache Menschen in der Welt die Hoffnung geschöpft, in ihrem eigenen Land einer besseren Zukunft entgegen zu gehen.

Die diplomatische Anerkennung der UdSSR ließ nicht lange auf sich warten. Im Jahr 1924 nahmen Großbritannien, Italien, Griechenland, Norwegen, die Schweiz, Dänemark und China diplomatische Beziehungen mit der UdSSR auf. 1925 folgte Japan. Die USA nahmen sich Zeit. Erst 1930 erkannten sie den Sowjetstaat diplomatisch an.

Noch vor der Gründung der UdSSR unterzeichneten am 16. April 1922 die Vertreter der Sowjetregierung und Deutschlands den auf dem Prinzip der friedlichen Koexistenz beruhenden Rapollovertrag. Durch ihn wurden die von der Entente erstrebte kapitalistische Umkreisung des Sowjetstaates verhindert und ein tragfähiges Verhältnis zwischen beiden Staaten geschaffen. Walter Rathenau, der als Außenminister Deutschlands den Vertrag mit unterzeichnete, wurde wegen seiner Verständigung mit Sowjetrußland am 24. Juni 1922 ermordet.

1934 erfolgte der Beitritt der UdSSR zum Völkerbund, der nach dem Ersten Weltkrieg (1919) als Staatenvereinigung zur Sicherung des Weltfriedens und zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen mit Sitz in Genf gegründet wurde.

Im Verlauf von wenigen Jahren wurde die UdSSR ein geachteter Partner in der Völkergemeinschaft.

Von Anfang an hatte die UdSSR Gegner und Feinde. Aufgebaut wurde das Gespenst des Anti-Bolschewismus. Ärgster Feind waren die Faschisten und das faschistische Deutschland. Im Juni 1941 brach die Deutsche Wehrmacht einen Krieg vom Zaun, der das Ziel verfolgte, die Sowjetunion zu erobern und das Gesellschaftssystem zu vernichten. Die UdSSR, die erst knapp zwei Jahrzehnte bestand, hielt diesem Überfall stand. Sie besiegte die faschistische Wehrmacht. Der Preis war unbeschreiblich hoch. Abgesehen von den materiellen Verlusten, kostete der Krieg mehr als 20 Millionen Sowjetbürgern das Leben. Die UdSSR hatte die schlimmste Feuertaufe bestanden.

Der 1922 neu gegründete Staat hörte 1991 auf zu existieren. Am 21. Dezember gaben elf Führer ehemaliger Sowjetrepubliken in der damaligen Hauptstadt Kasachstans, Alma-Ata, die Erklärung ab, dass die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nicht mehr besteht. Die UdSSR hatte ihren 69. Geburtstag nicht mehr erlebt. Die Hoffnungen vieler Menschen, die es nach ihrer Gründung gab, waren zerstoßen.

Vier Tage nach dieser Erklärung, am 25. Dezember, trat Michail Gorbatschow, 19:00 Uhr Moskauer Zeit, das letzte Mal als Präsident der UdSSR im Fernsehen auf. Er teilte der Öffentlichkeit mit, dass er aufgrund der entstandenen Verhältnisse seine Tätigkeit als Präsident einstellt.²

Das Amt des Präsidenten gab es nicht mehr. Gorbatschow war Befehlshaber ohne Armee.

Die damaligen Medien nahmen von der Fernsehansprache Gorbatschows keinerlei Notiz. In keinem Publikationsorgan wurde sie veröffentlicht. Sang- und klanglos waren die UdSSR und ihr Präsident von der Weltbühne verschwunden.

² Siehe Anlage 8: Fernsehansprache des Präsidenten der UdSSR Michail Gorbatschow. S. 85–87.

Während des Fernsehauftritts von Gorbatschow wurde von der Kuppel des Kremlpalastes das Rote Banner mit Hammer und Sichel eingeholt. Die Flagge der Russischen Föderation mit den Farben weiß-rot-blau wurde aufgezogen. Symbolisch wurde zum Ausdruck gebracht, dass für Russland ein neues Zeitalter, eine neue Epoche, ein neues Kapitel der Geschichte begonnen hat.

An den Menschen der neuen Bundesländer ging der Zerfall der UdSSR weitestgehend vorbei. Buchstäblich über Nacht war für 17 Millionen Bürger eine vollkommen neue Lebenslage entstanden. Am 1. Juli 1990 wurde die D-Mark eingeführt.

Und am 3. Oktober erfolgte der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland.

Für die einen wurde ein Traum verwirklicht, für die anderen standen Arbeitsplatz und Brot auf dem Spiel. Begehrliches wurde wahr (die D-Mark, volle Regale, Reisefreiheit u.a.).

Andererseits wurde ehemals Wirkliches (sicherer Arbeitsplatz, kostenlose Bildung u.a.) begehrt.

Die Daseinsformen des Lebens wurden von heute auf morgen umgestülpt. Jeder hatte mit sich selbst zu tun. Wer interessierte sich da für das, was in den Jahren 1990/1991 in der UdSSR vor sich ging. Auch heute noch ist das Wissen gering, wie und warum das Imperium UdSSR untergegangen ist.

Für den Niedergang der UdSSR, für ihren Zerfall, gibt es die unterschiedlichsten Erklärungen. Sie reichen von Auffassungen über die falsche Konstruktion des Sozialismus-Modells in der Sowjetunion, über die Aussichtslosigkeit, einen Vielvölkerstaat wie die UdSSR auf Dauer aufrecht zu erhalten, bis zu der Meinung, dass am Untergang der Sowjetunion Verrat am Werk gewesen sei. Genannt werden die Namen Gorbatschow, Jelzin, Jakowlew und andere. Sie seien von westlichen Geheimdiensten speziell darauf angesetzt worden, die UdSSR von innen her zu zerstören. Was nicht mit Waffen von außen gelungen war, sollte nun mit Kräften von innen erreicht werden. Gorbatschow gab selbst die Vorlage dafür, dass ihm nachgesagt wird, er habe die UdSSR verraten, er habe mit dazu beigetragen, die UdSSR von innen her zu zerstören.

ren. So habe er vor einem Seminar an der amerikanischen Universität in Ankara im Herbst 1999 geäußert: »Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus, dieser unerträglichen Diktatur gegen die Menschen.«³

³ Zitiert nach Justus von Denkmann [d.i. Klaus Huhn]: Wahrheiten über Gorbatschow. Berlin 2005. S. 13 (Spotless-Reihe Nr. 183).

Das Riesenreich UdSSR⁴

Die UdSSR war der größte Flächenstaat der Erde. Das Territorium hatte eine Ausdehnung von 22,4 Millionen km². Es war 62,8mal so groß wie das des vereinigten Deutschland.

Die Achse von Ost nach West betrug 10000 km und von Nord nach Süd 5000 km.

Der UdSSR gehörten fünfzehn Unionsrepubliken, zwanzig autonome Republiken, acht autonome Gebiete, zehn autonome Bezirke und hundertneunundzwanzig autonome Kreise an.

1989 betrug die Zahl der Einwohner 285,7 Millionen.

Nach China und Indien war der Bevölkerung nach die UdSSR der drittgrößte Staat der Erde.

Es gab mehr als hundert Nationalitäten. Auf dem Gesamtgebiet der UdSSR wurden ca. zweihundert Sprachen gesprochen. In der Sprachvielfalt gab es Indoeuropäisch (Slawisch, Germanisch, Baltisch, Romanisch, Griechisch), Finno-Ugrisch, Ural-Altaiisch, Kaukasisch und Paläoasiatisch. Die Vielfalt der Sprachen führte innerhalb des Landes zu großen Schwierigkeiten bei der Verständigung der Menschen. 1938 erklärte die Zentralregierung der UdSSR Russisch als Amts- und Landessprache.

An Bodenschätzen war die UdSSR das reichste Land der Erde. Es gab kein Element im Mendeljewischen System, das in diesem Land nicht vorkam.

Wirtschaftlich gehörte die UdSSR zu den führenden Staaten in der Welt. Sie war die zweitstärkste Wirtschaftsmacht. Sie verfügte über eine mächtige materiell-technische Basis und über einen starken militärisch-ökonomischen Komplex.

⁴ Siehe die Anlagen 1-3. S. 63-67.

Einige Angaben aus dem Jahr 1987 über die Produktion von Erzeugnissen im Vergleich mit den USA als der größten Wirtschaftsmacht der Welt (Tabelle 1):

Erzeugnis	Sowjetunion		USA		Verhältnis USA zu SU in %
	Mio t	Pro Kopf ^a	Mio t	Pro Kopf ^a	
Rohstahl	161,9	572	88,5	365	54,7
Steinkohle	519,1	1854	760	3118	146,4
Erdöl	624,2	2205	409,9	1682	79
Zement	137,4	485	67,4	276	49
PKW ^b	1332	47	7085	291	532

(Legende: a – der Bevölkerung, b – 1000 Stück je 1000 Einwohner)

Bis auf die Förderung von Steinkohle lag die Gewinnung von Rohstoffen in der Sowjetunion mengenmäßig weit über dem Produktionsniveau der USA. In der PKW-Herstellung erreichte sie dagegen im Jahr 1987 im Vergleich zu den USA nur 16 Prozent.

Erhebliche Unterschiede gab es in der landwirtschaftlichen Produktion. Die Erträge pro Hektar betragen nur ein Fünftel im Vergleich zur Landwirtschaft in den USA.

Der Agrarsektor der Sowjetunion war zu keiner Zeit in der Lage, die Bevölkerung ausreichend mit Agrarprodukten zu versorgen.

Obwohl seit Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts der wissenschaftlich-technische Fortschritt die Produktionsprozesse revolutionierte, sie so veränderte, dass das Wirtschaftswachstum in der Hauptsache durch Effektivitätszuwachs erfolgte, wurde das Wirtschaftswachstum in der UdSSR wie zur Zeit der Industrialisierung in den 30er Jahren durch extensives Wachstum erzielt. Das heißt, das Wirtschaftswachstum beruhte in der Hauptsache auf dem Mehrverbrauch an Ressourcen, an Rohstoffen, Material; es erfolgte durch Mehreinsatz von Maschinen, Anlagen und Arbeitskräften. Der Ressourcenverbrauch war an die äußerste Grenze gestoßen. Kein Industriestaat der Erde verbrauchte für

das Wirtschaftswachstum soviel Naturressourcen wie die Sowjetunion. Durch das extensive Wirtschaftswachstum ist zwar ein mächtiges ökonomisches Potential entstanden, das aber in seiner Struktur durch große Disproportionen gekennzeichnet war. Die Ressourcen wurden in der Hauptsache für die Produktion von Produktionsmitteln verbraucht (Produktion für die Produktion), während zu wenig Ressourcen für die Herstellung von Verbrauchsgütern und Dienstleistungen zur Verfügung standen. Die fehlerhaften Wirtschaftskreisläufe führten dazu, dass trotz Wirtschaftswachstum ein ständiger Mangel an Verbrauchsgütern und Dienstleistungen bestand. Das erzeugte gesellschaftliche Gesamtprodukt bestand zu 75 Prozent aus Produktionsmitteln und zu 25 Prozent aus Konsumgütern. In den Industrieländern des Westens war dieses Verhältnis umgekehrt.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal der UdSSR war der überdimensionale militärisch-ökonomische Komplex. Ein Viertel des Gesellschaftlichen Gesamtprodukts und 40 Prozent des Staatshaushalts (!) flossen in die Rüstung. Im Rüstungswettlauf war eine noch nie da gewesene Vergeudung von Ressourcen entstanden. Ein unersättlicher Moloch verschlang die besten Fachkräfte des Landes und absorbierte die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik.

Das knappe Gut der Mikroelektronik floss vorwiegend in die Rüstung. Während die UdSSR in Bezug auf das Niveau der integrierten Elektronik bei der Herstellung von Waffen mit den USA gleichgezogen hatte, betrug das Niveau bei Gütern des zivilen Verbrauchs nur 25 Prozent. Die Rüstung sog das Mark aus den Knochen der Wirtschaft. Es bewahrheiteten sich die Worte von Friedrich Engels: »Die Konkurrenz der einzelnen Staaten untereinander zwingt sie [...], jedes Jahr mehr Geld auf Armee, Flotte, Geschütze etc. zu verwenden, also den finanziellen Zusammenbruch mehr und mehr zu beschleunigen«⁵.

5 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“). In: MEW. Bd. 20. S. 158.

Trotz der vorhandenen materiell-technischen Basis und des Reichtums der Natur war das materielle Lebensniveau der Bevölkerung der UdSSR niedrig. Im Bezug auf die Lebenslage gehörte die Sowjetunion mit zu den ärmsten Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie war nur wenig besser als in Bulgarien und Rumänien. Die Menschen hatten den Glauben an eine bessere Zukunft verloren. Sie hegten Zweifel an der Richtigkeit des Systems.

Warenknappheit, Mangel an Gütern des täglichen Bedarfs und ein unterentwickeltes Dienstleistungssystem waren charakteristische Merkmale für die Wirtschaft der UdSSR.

Perestroika und Niedergang

Zerfall und Niedergang der UdSSR fallen in die Zeit der Perestroika, in die Zeit der Umgestaltung des Landes.

Untrennbar ist diese Zeit mit dem Namen Gorbatschow verbunden.

Im April 1985 war Gorbatschow in das höchste Amt des Landes aufgestiegen. Er war der neue Generalsekretär des ZK der KPdSU. Er war der mächtigste Mann im Land. Im April 1985 verkündete er auf einem ZK-Plenum seinen neuen Kurs, kurze Zeit später als »Perestroika« (Umbau) bezeichnet.

Aufatmen ging durch das Land. Hoffnung entstand für eine bessere Zukunft. Neues Denken wurde verkündet, alten Dogmen der Kampf angesagt.

Macht und Kurswechsel wurden sowohl im sozialistischen Lager als auch in westlichen Ländern begrüßt. Die Erwartungen waren allerdings unterschiedlich.

Während im westlichen Ausland gehofft wurde, dass das Sowjetsystem aufgeweicht und untergehen wird, gab es in den verbündeten Ländern die Hoffnung auf einen erneuerten Sozialismus.

Gorbatschow stand im Brennpunkt; er war und wurde für viele eine Lichtgestalt. Sein neuer Führungsstil, die Nähe zu den Menschen, sein unkonventionelles Auftreten begeisterte die Massen. Presse und Wort wurden für frei erklärt (Glasnost⁶). Es schien so, dass ein neues Zeitalter angebrochen sei.

Der Beginn des neuen Kurses, die Perestroika, stand aber (das zeigte sich bald) unter keinem guten Stern.

6 Glasnost, die Zwillingschwester von Perestroika. Beide Begriffe sind wechselseitig miteinander verbunden. Der Stamm des Wortes ist das altrussische Wort *glac*, die Stimme (*golos*). Dem eigentlichen Sinn nach bedeutet Glasnost Stimmigkeit, das Ausgedrückte muss stimmen. Der Begriff »Glasnost« erfuhr umgangssprachlich mit »Transparenz«, »Offenheit«, »freie Rede und freies Wort« eine Erweiterung.

Die neue Führung hatte zwar erkannt, dass es überfällig war, die seit Jahren andauernde Stagnation zu überwinden, in Gesellschaft und Wirtschaft neue Wege zu beschreiten, das Land zu erneuern, sie hatte aber nicht erkannt, wie tief das Land bereits in die Krise geraten war, wie stark das Vertrauensverhältnis der Menschen zur sozialistischen Gesellschaft erschüttert war.

Es fehlte eine nüchterne, ungeschminkte wissenschaftliche Analyse über die tatsächliche Lage in Gesellschaft und Wirtschaft.

Außerdem gab es – zumindest in den Eckpunkten – kein durchdachtes Programm, das geeignet war, das Land aus der Krise zu führen und umzugestalten. Praktiziert wurde die Methode »Versuch und Irrtum«. Reformen wurden beschlossen und bald wieder aufgehoben. An der Basis gab es heilloses Durcheinander. Die rechte Hand wusste nicht, was die linke tat.

Brücken wurden abgerissen, unklar blieb der Weg zum anderen Ufer.

Die ursprüngliche Begeisterung für die Perestroika ließ mehr und mehr nach. Zweifel und Gleichgültigkeit machten sich breit.

Die Lähmung des Landes nahm zu. Die ökonomischen Reformen griffen nicht. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage trat nicht ein. Selbst bescheidene Erwartungen blieben aus.

Vier Jahre nach Beginn der Politik des Umbaus, nach Einführung des Reformkurses, erwies sich die Perestroika als gescheitert. Die Perestroika-Politik verlor ihren Rückhalt in der Bevölkerung.

Es entstand ein Nährboden für Gegner der Perestroika, für die Opposition. Stalinistische Auffassungen fassten ebenso Fuß wie Anti-Sowjetismus und Anti-Kommunismus.

Gorbatschow gestand später selbst ein, dass es sein größter Fehler war, dass es ihm nicht gelungen ist, das Volk für die Unterstützung der Perestroika zu gewinnen.

Nach dem Scheitern der Perestroika stand die Systemfrage: die Frage nach einem neuen Gesellschaftsmodell. Dreh- und Angel-

punkt war, welcher Weg sollte weiter beschritten werden, welche neue Richtung sollte eingeschlagen werden? Sollte ins Visier eine sozialistische Zukunft oder die Errichtung einer kapitalistischen Ordnung genommen werden?

Angesichts der gescheiterten Reformpolitik forderte Gorbatschow im Mai 1990, zu einer anderen sozialen Ordnung überzugehen.

Unter den Führungskräften brach ein heftiger Streit aus. Nach welchem Leitbild sollte die künftige sozialökonomische Ordnung gestaltet werden? Sollte das ursprüngliche Anliegen der Perestroika, die Erneuerung des Sozialismus, wenn auch auf anderen Grundlagen – Aufhebung des Staatseigentums, Zulassung privater Eigentumsformen, Liquidierung des Einparteiensystems – fortgesetzt oder sollte eine gänzlich andere soziale Ordnung geschaffen werden?

Kernthema des Streits war die Eigentumsfrage und die Rolle des Marktes in der Wirtschaft. Die Entscheidung darüber bestimmte das weitere Schicksal des Landes.

Es bildeten sich zwei Lager, es entstanden zwei Programme, zwei Plattformen.

Das eine Programm stammte aus dem Lager der Zentralregierung. Federführend war der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Ryschkow. Das Programm sah vor, langfristig in Etappen die zentral geleitete Planwirtschaft in eine »regulierte Marktwirtschaft« zu überführen. Ziel war, unter einer regulierten Marktwirtschaft einen sozialistischen Sozialstaat zu errichten. Markt und Elemente der zentralen Planung sollten die Wirtschaft regulieren. Die Eingriffe des Staates sollten vornehmlich der Beschleunigung der Entwicklung jener Wirtschaftszweige dienen, von denen effektives Wirtschaften sowie der wissenschaftlich-technische Fortschritt abhängen.

Die Kernfrage in diesem Programm war, die Herrschaft des Marktes über die sozialen Bereiche (Bildung, Gesundheitswesen, Sicherung der Altersversorgung) und die soziale Infrastruktur zu verhindern. Es ging um ein neues Verhältnis von zentraler staat-

licher Steuerung und Marktregulierung, von sozialer Sicherheit und Leistungsentwicklung in der Wirtschaft.

Das »Ryschkow-Programm« war eine echte Alternative zur konzeptionslosen Perestroika. Führungskräfte und die Opposition versagten diesem Programm die Unterstützung. Es sei nicht »radikal« genug. Die Vertreter dieses Programms galten als »konservativ«.

Ein ähnliches Programm wie das der Sowjetregierung wird mit Erfolg, allerdings aber auch mit Schattenseiten, in der Volksrepublik China verwirklicht.

Das andere Programm wurde von »Radikalreformern« ausgearbeitet. Geistige Väter waren der bekannte Wirtschaftsprofessor Stanislaw Schatalin und der Stellvertreter des Ministerpräsidenten der RSFSR, Grigori Jawlinski.

Das Programm ist unter dem Namen »500-Tage-Programm« berühmt geworden. Sein Inhalt war durch und durch neoliberal.

Bei der Erarbeitung waren renommierte Ökonomen der Chicagoer Schule maßgeblich beteiligt. Sie waren gewissermaßen die Geburtshelfer. Kein Jota wurde aus dem bisherigen Lenkungssystem der Wirtschaft übernommen. Zentrale staatliche Planung war Teufelszeug. An erster Stelle im Programm stand der Griff zum Staatseigentum. Es wurde aufgelöst und in Privateigentum verwandelt. An die Stelle des staatlichen Plans trat der Markt.

Der Markt galt als das Nonplusultra, als das Unübertreffbare. Alles sollte der Markt richten.

Kein Wort wurde über die sozialen Folgen einer puren Marktwirtschaft verloren. Keinerlei Maßnahmen waren vorgesehen, um die sozialen Folgen des Marktes abzufedern. Ganz im Sinn der neoliberalen Lehre wurde der Standpunkt vertreten, es sei allein der Markt, der soziale Gerechtigkeit herbeiführt. Der Markt gebe jedem die Chance zum sozialen Aufstieg.

Soziale Sicherungssysteme seien nur Hindernisse für die Entfaltung der Marktkräfte.

Innerhalb von 500 Tagen sollte die zentral geleitete Planwirtschaft in eine auf Selbstregulierung beruhende Marktwirtschaft transformiert werden. Es war ein abenteuerliches Programm.

Auf direktem Weg wurde Russland in eine kapitalistische Ordnung geführt. Am Weganfang stand eine spezifisch russische Variante der ursprünglichen Akkumulation. Sie war nach Karl Marx die »Vorgeschichte des Kapitals und der ihm entsprechenden Produktionsweise«⁷.

Während die ursprüngliche Akkumulation im 16. und 17. Jahrhundert unter Blut und Tränen die Kleinproduzenten und Bauern von ihren Produktionsmitteln enteignete, war gegen Ende des 20. Jahrhunderts die russische Variante ein einzigartiger Raubzug zur Aneignung von Staatseigentum und Staatsvermögen. Naturreichtümer und Produktivvermögen gelangten mit Hilfe krimineller Machenschaften in die Hände einiger weniger.

Wie Phönix aus der Asche entstand eine Schicht der Oligarchen. Ehemalige Staatsdiener und Parteiführer reihten sich munter in diese Schicht mit ein.

Russland war für die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung überhaupt nicht vorbereitet. Es gab keinerlei Voraussetzungen.

Das Wort Markt (im Russischen »Rynok«) galt als Synonym für Basar. Herrührend aus der Vergangenheit war die Marktwirtschaft mit dem Stigma des Makels belastet.

In der zentral geleiteten Planwirtschaft gab es keine Märkte. Es existierten weder Geld-, Arbeits- oder Warenmärkte. Investitionsgüter und Rohstoffe – ihr Anteil am Bruttosozialprodukt betrug ca. 70 Prozent – wurden von einer Zentrale aus verteilt.

Sie hatten nur formal Warencharakter. Nach Stalin hatten sie nur eine »Warenhülle«. Erst am Ende der UdSSR wurde die Frage nach einem Produktionsmittel-Markt gestellt.

7 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW. Bd. 23. S. 742.

Im Umgang mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Kategorien gab es keinerlei Erfahrungen. Es fehlten dazu die marktwirtschaftlichen Institutionen: Börsen, Banken, Aktienmärkte u. a. und ein den Erfordernissen der Marktwirtschaft entsprechendes Rechtssystem (z. B. Insolvenzrecht).

An Universitäten und Hochschulen gab es keine Fachrichtungen, in denen marktwirtschaftliche Fachkräfte ausgebildet wurden. Der Lehrkörper in den wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen war nicht in der Lage, kurzfristig die erforderlichen Fachkräfte für die Einführung der Marktwirtschaft auszubilden. Fachkräfte aus den USA und anderen westlichen Ländern wurden eingeflogen, um an Hochschulen und Universitäten das ABC der Marktwirtschaft zu vermitteln.

Das Gegenstück zur zentral geleiteten Planwirtschaft ohne Markt ist das neoliberale Modell der Marktwirtschaft ohne zentrale Planung. Die neoliberale Marktlehre lehnt jede staatliche Intervention in die Wirtschaft ab. Es wird voll und ganz auf den Markt gesetzt.

Nicht wenige Experten des westlichen Auslands, darunter Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, warnten vor dem »500-Tage-Programm«. Für die Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung sei mindestens ein Zeitraum von 6 bis 8 Jahren erforderlich. Alle Bedenken wurden von den »Radikalreformern« vom Tisch gewischt.

Im Oktober 1990 beschloss das Parlament der Russischen Föderation das »500-Tage-Programm«. Die katastrophalen Folgen dieses Schritts ließen nicht lange auf sich warten. Russland fiel in den 90er Jahren in einen Abgrund, aus dem es in Bezug auf die Wirtschaft bis heute nicht herausgekommen ist.

Von Bedeutung für die Schicksalsfrage der damals noch existierenden Sowjetunion war die Haltung des Staatspräsidenten der UdSSR, Gorbatschow. Er stand zwischen Baum und Borke, zwischen »Konservativen« und »Radikalreformern«. Sollte er das Programm seiner Zentralregierung oder das der Russischen Föderation befürworten?

Als Staatspräsident war er verpflichtet, das Programm seiner Regierung zu unterstützen. Seine Sympathien galten aber dem 500-Tage-Programm.

Zu der Schicksalsfrage des Übergangs zu einer neuen sozial-ökonomischen Ordnung fand im August 1990 ein Treffen zwischen Gorbatschow und Jelzin statt.

Jelzin war mittlerweile zu einer Machtperson geworden.

Als Vorsitzender des Obersten Sowjets der Russischen Föderation – das Amt des Präsidenten gab es noch nicht – war er sich seiner Macht bewusst. Er kannte auch die schwierige Lage, in der sich Gorbatschow befand. Jelzin fühlte sich fester im Sattel als der Präsident der UdSSR.

Auf dem Treffen setzte Jelzin Gorbatschow die Pistole auf die Brust. Er forderte, das 500-Tage-Programm für die gesamte UdSSR als verbindlich zu erklären. Wenn Gorbatschow dieser Forderung nicht nachkommen sollte, drohte er, es im Alleingang in der Russischen Föderation zu verwirklichen. Er drohte auch damit, für Russland gegebenenfalls eine eigene Währung einzuführen.

Gorbatschow nahm zunächst eine schwankende Haltung ein, kam aber letztlich der Forderung von Jelzin nach. Er fiel seiner Zentralregierung in den Rücken.

Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Präsidenten der UdSSR (Gorbatschow) und dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR (Ryschkow), das schon seit länger Zeit äußerst labil war, war endgültig zerbrochen.⁸

8 Im Januar 1990 fand ein Treffen von Gorbatschow, Jakowlew und dem Berater von Gorbatschow, Tschernajew, statt. Auf ihm wurde erörtert, Ryschkow als Regierungschef abzulösen. Nach den Tagebuchaufzeichnungen von Tschernajew habe Jakowlew geäußert: »Denn mit so einem Premier, der auf dem Niveau eines Betriebsdirektors denkt, [...] ist keine Reform zu realisieren.« (Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Gesprächsprotokolle. 3. Aufl. Berlin 2009. S. 207.

Nicht ohne Einfluss auf die Haltung des Präsidenten der UdSSR zu der Schicksalsfrage, welchen Weg das Land weiter gehen sollte, waren die Westmächte. Gorbatschow hatte seit einiger Zeit ohnehin seine »Liebe« zum Westen entdeckt. Gern reist er in die USA. Während seiner relativ kurzen Amtszeit hat er siebenmal dieses Land besucht. Keiner seiner Vorgänger war so oft dort.

Aufgrund seiner Zugeständnisse, die er gegenüber den Westmächten gemacht hatte, vor allem gegenüber der NATO, war er sich deren Hilfe gewiss.

Die miserable Lage der Wirtschaft führte dazu, dass das Volumen der Produktion und damit die Staatseinnahmen drastisch zurückgingen. Allein im ersten Halbjahr 1991 sank das Nationaleinkommen um elf Prozent. Der in- und ausländische Schuldenberg wurde immer höher.

Der Kreditbedarf war riesig. Gebraucht wurden Kredite vor allem in westlicher Währung.

Im Juli 1991 fand in London der »Gipfel« der sieben Großmächte, der G-7 statt. Gorbatschow sandte an die Teilnehmer eine persönliche Botschaft. Er hoffte auf 50 Mrd. Dollar Kredit. Der Gipfel forderte als Gegenleistung die Entstaatlichung der Wirtschaft, freies Unternehmertum und die Einführung der Marktwirtschaft. Gorbatschow gab allen diesen Forderungen nach. In der Schicksalsfrage waren die Würfel gefallen. Entschieden war, welchen Weg die UdSSR in Zukunft beschreitet.

Die Perestroika war gescheitert. Die »Radikalreformer« hatten den Sieg davon getragen. Die Perestroika war für sie ein Deckmantel. Gorbatschow hatte sich für das »500-Tage-Programm« und damit für den kapitalistischen Weg entschieden. Den ursprünglichen Anspruch mit seiner Reformpolitik, den Sozialismus in der UdSSR zu erneuern, hat er preisgegeben. Die UdSSR bestand zwar als Einheitsstaat weiter, sie begab sich aber ab 1990 auf den Weg zu einer kapitalistischen Ordnung, und damit auf einen Weg, der zu ihrem Verfall und zu ihrem Untergang führte.

Die Staatskrise

Zur Wirtschaftskrise gesellte sich 1989/90 eine Staatskrise. Die Perestroika erhielt eine neue Dimension. Notwendig waren eine durchgängige Demokratisierung des Landes und die Veränderung der Verwaltungs- und Leitungsorgane des Landes. Das Einparteiensystem stand zur Disposition. Korruption und Vetternwirtschaft galt es auszumerzen. Ein Wechsel des Leitungs- und Führungspersonals war unerlässlich. Die Perestroika scheiterte mit daran, dass sie von den Führungskräften in Staat und Wirtschaft nicht unterstützt wurde. Erforderlich war eine Staatsreform. Der seit der Oktoberrevolution bestehende Führungsanspruch der KPdSU führte dazu, dass auf allen Ebenen staatliche und wirtschaftliche Aufgaben von Parteiorganen wahrgenommen wurden. Im Staatsgefüge spielten die staatlichen Organe eine untergeordnete Rolle. Dieser Führungsstil hatte in der Praxis zur Folge, dass die Partei Erfolge für sich in Anspruch nahm, hingegen bei Misserfolgen staatliche oder wirtschaftsleitende Organe verantwortlich gemacht wurden. Eine der ersten Maßnahmen zur Überwindung der Staatskrise war die Entflechtung von Partei und Staat. Die Parteiorgane wurden aus den leitenden Institutionen von Staat und Wirtschaft zurückgezogen. Zuerst erfolgte diese Trennung in der Wirtschaft. Die wirtschaftsleitenden Organe waren aber auf die neuen Aufgaben nicht vorbereitet. Sie waren nach wie vor auf die Kompetenz der Fachkräfte aus dem Parteiapparat angewiesen. Die ohnehin schwierige Lage in der Wirtschaft wurde durch die übergangslose Trennung weiterhin verschlechtert.

Eine Verschlechterung der Lage trat ebenso bei der Führung des Staates ein. Parteikader leisteten Widerstand, sich aus den Staatsorganen zurückzuziehen. Gorbatschow sah sich veranlasst, einen radikalen Kaderwechsel vorzunehmen. In Staat und Wirtschaft folgte ein beispielloser Kaderaustausch. Im Jahr 1988 wur-

den zwei Drittel der Leiter von Betrieben, Kolchosen, Sowchosen, Sowjet- und Parteiorganen ausgewechselt.

Im Parteiapparat wurden die Abteilungen, die für einzelne Wirtschaftszweige verantwortlich waren, aufgelöst. Diese Abteilungen hatten nicht selten einen Personalbestand, der größer war als der der zuständigen Ministerien.

In einer beispiellosen Aktion schieden aus »Altersgründen« im September 1988 110 Mitglieder aus dem Zentralkomitee und der Zentralen Revisionskommission der KPdSU aus. Veränderungen nahm Gorbatschow auch im Politbüro vor. Da offenbar der Einfluss der Parteiführung auf die Mitglieder der KPdSU zu gering war, übernahm er als Generalsekretär selbst das Ressort der Ideologie, für das bisher zwei Sekretäre des ZK (Jegor Ligatschow und Dmitri Anatoljewitsch Medwedew) verantwortlich waren.

Nach langen heftigen Debatten unterstützte im Herbst 1990 ein Plenum des ZK den Vorschlag, den § 6 der Verfassung zu verändern. Dieser Paragraph verankerte den staatsrechtlichen Anspruch der KPdSU, auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft als führende Kraft zu wirken.

Es erfolgte eine Korrektur dieses Paragraphen. Während in der bisherigen Fassung das Monopol der KPdSU als Partei, das Einparteiensystem, festgeschrieben war, wurde in der überarbeiteten Fassung der Alleinvertretungsanspruch der Kommunistischen Partei gestrichen und anderen Parteien sowie gesellschaftlichen Organisationen ebenso das Recht eingeräumt, sich an der Leitung und Lenkung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten zu beteiligen. Ein Mehrparteiensystem fand Eingang in die Verfassung und in das politische System. Nach einem Dambruch entstand eine bunte Parteienlandschaft. Das Spektrum war breit gefächert. Es reichte von weit rechts bis weit links. Es bildeten sich Ultralinke, Monarchistische, Liberale, Sozialdemokratische und Kommunistische Parteien.

Ein Grundpfeiler des Staatswesens der UdSSR wurde beseitigt. Die Führung der KPdSU erklärte, durch freie Wahlen ihren Führungsanspruch wieder zu erlangen.

Die neu entstandenen Parteien und Bewegungen vertraten die Interessen der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Sie spielten vor allem in den Unionsrepubliken eine große Rolle. Bei Wahlen stellten sie eigene Kandidaten auf und verbuchten erhebliche Stimmen.

In enger Verbindung mit der Aufhebung der Monopolstellung der KPdSU wurde das Präsidialsystem eingeführt. Die Verfassung wurde durch einen neuen Artikel ergänzt. Das Präsidialsystem sollte die Gewaltenteilung, die strikte Trennung von Exekutive und Legislative verwirklichen.

Im März 1990 wurde Gorbatschow auf dem dritten Volkskongress mit 1329 zu 495 Stimmen zum Präsidenten der UdSSR gewählt. Er war der erste – und wie sich bald zeigte – der letzte Präsident dieses Landes.

Es stellte sich bald heraus, dass das Präsidialsystem für die Leitung des Staates nicht tragfähig genug war. Es fehlte ein dafür entsprechender Mechanismus. Viele Entscheidungen, die getroffen wurden, waren halbherzig und fehlerhaft.

Im Zuge der Demokratisierung wurde eine vollkommen neue Institution geschaffen: der Volkskongress der Deputierten der UdSSR.

Nach einer Verfassungsänderung vom Dezember 1988 war der Volkskongress das höchste Organ der Staatsgewalt in der UdSSR. Er war, was bisher dem Obersten Sowjet oblag, die höchste gesetzgebende Versammlung. Der Volkskongress traf Grundsatzentscheidungen für das ganze Land und wählte aus den Reihen seiner Abgeordneten den Obersten Sowjet der UdSSR und dessen Vorsitzenden.

Im März 1989 fanden erstmals freie und geheime Wahlen für die Abgeordneten des Volkskongresses statt. Zweitausendzweihundertfünfzig Abgeordnete waren zu wählen.

Bis auf die KPdSU waren andere Parteien für die Volkskongresswahlen nicht zugelassen. Der Paragraph 6 war noch nicht korrigiert.

Die Mehrheit der gewählten Abgeordneten bestand somit aus Mitgliedern der KPdSU. Unter ihnen befanden sich nicht wenige, die gegen die Reformpolitik waren und in Opposition zu Gorbatschow standen.

Im Vorfeld der Wahlen entbrannte ein erbitterter Wahlkampf. Im Brennpunkt stand die KPdSU. Vor allem in den Großstädten wurden die Kandidaten der KPdSU hart attackiert. Der Wahlkampf war für sie ein Spießrutenlauf. Hass schlug ihnen entgegen. Von Kopf bis Fuß wurden sie beschmutzt.

Die Wahlbeteiligung war relativ hoch. 84 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Trotz der Attacken gegen die KPdSU stimmten in der gesamten Union 85 Prozent für deren Kandidaten. Allerdings wurden in den Großstädten Moskau, Leningrad und Kiew die Spitzen-Funktionäre nicht gewählt. In Leningrad sind alle Leiter der Partei-, Verwaltungs- und Militärorgane durchgefallen.

Der große Wahlsieger war Jelzin. Er erhielt in Moskau 90 Prozent der Stimmen und wurde im Mai 1990 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR gewählt. 1991 übernahm er das Amt des Präsidenten Russlands. Jelzin hatte den höchsten Gipfel der Macht in der Russischen Föderation erklommen.

Die erste Tagung des neu gewählten Volkskongresses der UdSSR fand im Mai 1989 statt. Gorbatschow wurde zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR gewählt.

Der Parlamentsbetrieb erfolgte nach neuen Spielregeln.

Die »Nomenklatura« saß nicht mehr wie früher im Präsidium, sie wurde, wie die anderen Abgeordneten, im Plenarsaal platziert.

Obwohl zur Wahl des Volkskongresses außer der KPdSU andere Parteien nicht zugelassen waren, gab es im Abgeordnetenhaus eine oppositionelle Fraktion.

In einer »Interregionalen Abgeordnetengruppe« fanden sich unterschiedliche oppositionelle Strömungen zusammen. Diese Gruppe war parteiübergreifend. Selbst Abgeordnete der KPdSU gehörten ihr an. Mitglieder der Interregionalen Abgeordnetengruppe waren unter anderem der weltberühmte Physiker Nobel-

preisträger Andrei Sacharow, Boris Jelzin, die Oberbürgermeister von Moskau und Leningrad Gawriil Popow und Anatoli Sobtschak. Nikolai Ryschkow bezeichnete sie in seinem Buch »Der Kronzeuge« als jene Kräfte, die das Land zerstörten und später Russland und die Städte Moskau und Leningrad regierten.⁹

Nach dem Muster der UdSSR wählte auch die Russische Föderation einen Volkskongress. Dieses Abgeordnetenhaus hatte für die gesamte Union eine besondere Bedeutung.

Russland war das *Kernland* der UdSSR.¹⁰

Es verkörperte die größte und wirtschaftlich stärkste Unionsrepublik. 56 Prozent der Bevölkerung der Sowjetunion gehörten zu Russland. Das Territorium betrug 76 Prozent der Gesamtläche der UdSSR. Der Löwenanteil der Naturreichtümer befand sich auf dem Territorium der Russischen Föderation. Das Schicksal der UdSSR wurde von der Entwicklung in Russland bestimmt.

Im Mai 1990 fand die Erste Tagung des Volkskongresses der RSFSR statt. Die Tagung begann mit einem Donnerschlag. Er erschütterte die gesamte Union.

Russland erklärte seine Unabhängigkeit. Es hob den Status auf, Teilstaat der UdSSR zu sein. Die Unabhängigkeit betraf sowohl die Beziehungen zum Zentralstaat als auch zu den anderen Unionsrepubliken.

Die Unabhängigkeitserklärung bedeutete, dass Entscheidungen der Union nur dann befolgt werden, wenn sie den Interessen Russlands entsprechen. Im Volkskongress der RSFSR wurde über die Unabhängigkeitserklärung abgestimmt.

Als Jelzin das Ergebnis bekannt gab, brach unter den Abgeordneten frenetischer Beifall aus. Nach dem Sitzungsprotokoll gab es lang anhaltenden stürmischen Beifall.

Neunhundsieben Abgeordnete stimmten für die Unabhängigkeit, dreizehn waren dagegen und neun enthielten sich der Stimme. Die Fraktion der Kommunistischen Partei Russlands, die

9 Siehe Nikolaj Ryžkov: *Glavnyj svidetel'*. Moskva 2010. S. 99f.

10 Siehe Anlagen 4–6. S. 68–72.

größte Fraktion im Russischen Parlament, stimmte geschlossen für die Unabhängigkeit. Es begann der Zerfall der UdSSR als Unionsstaat.

Jelzin und sein Machtapparat gingen ans Werk, den Zentralstaat UdSSR zu demontieren. Unionsministerien wurden aufgelöst, Mitarbeiter wurden auf die Straße gesetzt. Aufgaben der Zentralregierung wurden von der Russischen Föderation wahrgenommen.

Jelzin hatte sogar die Absicht, die Zentralbank der UdSSR in die Hände der Regierung der Russischen Föderation zu legen. Schritt für Schritt erfolgte die Entmachtung des Präsidenten der UdSSR.

Die Unabhängigkeitserklärung Russlands löste in der Folgezeit eine Kettenreaktion aus. Eine Unionsrepublik nach der anderen erklärte ihre Unabhängigkeit.

Der Zerfallsprozess wurde durch den Appell Jelzins an die Führer der Unionsrepubliken mit den Worten befördert und unterstützt: »Soviel Souveränität zu nehmen (wörtlich wie sie schlucken und verdauen) können«.

In weniger als zwei Jahren hatten alle Unionsrepubliken ihre Unabhängigkeit erklärt. Der Staat UdSSR zerfiel, er war nicht mehr regierbar, er fiel in Agonie, in die Sterbephase.

Es fand ein anachronistischer, paradoxer Vorgang statt. Während – bedingt durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt – die Länder und Völker sich immer mehr vernetzten, die Globalisierung immer mehr voranschritt, die Ländergrenzen transparenter wurden, fand in der UdSSR ein Prozess statt, der in völlig entgegengesetzter Richtung verlief. Statt Integration gab es Desintegration, statt Vereinigung Separation.

Die Staatskrise hatte tiefe Wurzeln. Statt sie zu beheben, wurde sie verschärft. Für ihre Überwindung gab es wie in der Wirtschaft kein klares Konzept. Gorbatschow traf Entscheidungen, die für die Überwindung der Krise wirkungslos waren. Die Aufhebung der Führungsrolle der KPdSU wurde weder durch den neu gebildeten Volkskongress noch durch das Präsidialsystem, weder

Tabelle 2: Die Souveränitäts- und Unabhängigkeitsbewegung
der Unionsrepubliken in den Jahren 1990/1991

<i>Republik</i>	<i>Hauptstadt</i>	<i>Einwohner in Mio</i>	<i>Fläche in km²</i>	<i>Datum der Unabhängigkeit</i>
Litauische SSR	Vilnius	3,728	65 200	11. März 1990
Lettische SSR	Riga	2,681	64 589	4. Mai 1990
Estnische SSR	Tallinn	1,582	45 226	8. Mai 1990
Russische SFSR	Moskau	148,548	17 075 200	12. Juni 1990,
Moldauische SSR	Chisinau	4,366	33 845	25. Juni 1990 ^a 27. August 1991 ^b
Turkmenische SSR	Aschchabat	3,576	488 100	22. August ^a 27. Oktober 1991 ^b
Armenische SSR	Jerewan	3,376	29 800	23. September 1990
Georgische SSR	Tiflis	5,464	69 700	9. April 1991
Weißrussische SSR	Minsk	10,260	207 600	27. Juli 1991
Ukrainische SSR	Kiew	51,944	603 700	24. August 1991
Usbekische SSR	Taschkent	20,708	447 400	31. August 1991
Kirgisische SSR	Bischkek	4,422	198 500	31. August 1991
Tadschikische SSR	Duschanbe	5,358	143 100	9. September 1991
Aserbaidshani- sche SSR	Baku	7,137	86 600	18. Oktober 1991
Kasachische SSR	Almaty	16,793	2 727 300	16. Dezember 1991

(*Legende:* a – Souveränitätserklärung, b – Referendum über Unabhängigkeit)

durch freie Wahlen, noch durch das Mehrparteiensystem ersetzt. Die neu geschaffene Struktur des politischen Systems war nicht in der Lage, den Staat aus der Krise zu führen.

Jene Kräfte, die das Ziel verfolgten, die Sowjetunion, den sowjetischen Staat zu beseitigen, nutzten den krisenhaften Zustand und kamen dabei Schritt für Schritt ihrem Ziel näher.

Am 8. Dezember 1991 hatten sie es erreicht. Durch einen Staatsstreich wurde die UdSSR zerstört.

Der Nationalitätenkonflikt

Die anachronistische Entwicklung war eine Folge der nicht gelösten Nationalitätenfrage in der UdSSR.

Nach Gründung der UdSSR im Dezember 1922 richtete Lenin mahnende Worte an die Volkskommissare Stalin, Dzierzynski und Ordshonikidse, die Nationalitätenfrage mit Fingerspitzengefühl anzugehen. Er warnte vor »Großrussischem Chauvinismus«, er forderte, in der Nationalitätenpolitik Zugeständnisse an die nichtrussischen Nationen zu machen und deren Souveränität zu achten.¹¹

Für die Stabilität des multinationalen Staates hatte eine ausgewogene Nationalitätenpolitik höchste Priorität. Die nicht gelöste Nationalitätenfrage war mit eine Ursache – wenn nicht sogar die Hauptursache – für den Zerfall der Sowjetunion.

Lange Zeit herrschte der Irrglaube, die Nationalitätenfrage sei in der UdSSR gelöst. Insofern spielte sie im Konzept der Perestrojka vorerst keine Rolle.

In seinem Buch »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt« bezeichnet Gorbatschow die UdSSR als »Union der sozialistischen Nationen – ein einzigartiges Gebilde«¹².

Die Wirklichkeit sah dagegen ganz anders aus. Zwischen den Nationen und Ethnien gab es Zwietracht und Konflikte. Grenzen wurden in Frage gestellt. Ethnien und Nationen fühlten sich von der Zentrale unterdrückt. Ihre Rechte waren eingeschränkt.

11 Siehe W. I. Lenin: Zur Frage der Nationalisierung oder der »Autonomisierung«, In: Werke, Bd. 36, S. 590–596.

12 Siehe Michail Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987, S. 147.

Russischer Großmachtchauvinismus war noch lebendig.

Freiheit wurde verlangt für Nationalsprachen und Nationalkultur. Sie führten ein stiefmütterliches Dasein.

Forderungen wurden erhoben, die Verzerrungen in den nationalstaatlichen Beziehungen zu beseitigen. Gerüttelt wurde an den Ketten, die die Republiken an die Zentrale gebunden hatten.

Erst spät, zu spät, erkannte die sowjetische Staatsführung, dass für die erfolgreiche Umgestaltung des Landes eine den Interessen der Nationen gerechte Nationalitätenpolitik von erstrangiger Bedeutung ist. In seinen »Erinnerungen« bemerkt Gorbatschow: »Wir versäumten es, gleich zu Beginn der Reformen die unumgänglichen Schlußfolgerungen zu ziehen, wodurch wir kostbare Zeit verloren, und am Ende kamen wir zu spät«¹⁵.

Die Jahre 1989/1991 waren durch eine Vielzahl nationaler Erhebungen gekennzeichnet. Bereits 1987 begaben sich Krim-Tataren nach Moskau, um an der Kremllmauer ihr Recht auf Wiedergutmachung einzuklagen. Die Krim-Tataren wurden 1944 aus ihrer Heimat, der Krim, vertrieben und in Sibirien bzw. Mittelasien angesiedelt.

Nationalistische Erhebungen gab es in den Baltischen Republiken. Entsprechend dem Hitler-Stalin-Pakt, der am 25. August 1939 abgeschlossen wurde, erfolgte die Eingliederung von Litauen, Lettland und Estland in den Machtbereich der UdSSR.

Anlässlich des 50. Jahrestages dieses Abkommens, haben ca. 1,5 Millionen Menschen eine Kette gebildet, die von der Stadt Reval bis Vilnius reichte, um gegen die Eingliederung in die UdSSR zu protestieren.

Außerdem gab es Proteste gegen die »Russifizierung« der Baltischen Republiken. In Lettland betrug zum Beispiel der Anteil der Russen ca. 50 Prozent.

15 Michail Gorbatschow: Erinnerungen. Berlin 1995. S. 485.

Die Baltischen Republiken waren die ersten, die ihre Unabhängigkeit erklärten. Litauen unternahm diesen Schritt im März 1990, kurz darauf folgten Lettland und Estland.

Die Unabhängigkeitserklärung der Baltischen Republiken hatte Katalysatorwirkung für die gesamte Union.

Besorgniserregende Nachrichten kamen aus dem Kaukasischen Gebiet.

Im Februar 1998 kam es in Nagorny (Berg)-Karabach zwischen Armeniern und Aserbaidschanern zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Eine halbe Million Armenier, die in einem autonomen Gebiet in Aserbaidschan lebten, forderten Anschluss an die angestammte Heimat. Die blutigen Zusammenstöße forderten 30 Tote und über 200 Verletzte.

Brandherde gab es in Kirgisien, Usbekistan, in der Westukraine und in Georgien.

In der Nacht zum 9. April 1989 kam es in Tbilisi zu Tumulten. Vor dem Haus der Regierung fand eine nicht genehmigte Massenkundgebung statt. Über Hunderttausend Menschen hatten sich versammelt. Organisiert war sie von nationalistischen Führern. Es wurde gedroht, mit den Kommunisten abzurechnen. Es gab Losungen wie: »Die UdSSR – ein Völkergefängnis!«, »Russische Interventen – geht nach Hause!«, »Diskriminierung der Georgier beenden!«. Militär wurde eingesetzt, um das Meeting aufzulösen. Obwohl kein Schuss fiel, gab es durch ausgebrochene Panik 19 Tote und viele Verletzte.

Das Militär wurde aber für die Toten und Verletzten verantwortlich gemacht. Die Ereignisse in Tbilisi beunruhigten das ganze Land. Zentralregierung und Armee gerieten unter Beschuss.

Erst als die Situation im ganzen Land immer bedrohlicher wurde, als die Gefahr heraufzog, dass es innerhalb der Union zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen kann, erkannte Gorbatschow, der im März 1990 zum Präsidenten der UdSSR gewählt wurde, dass der extreme Nationalismus und Separatismus zur Hauptgefahr für das Land geworden war. Auf einem Plenum

im Dezember 1990 gestand er ein: »Ich sage es offen: Es gibt jetzt im Lande keine ernstere Gefahr als den radikalen, extremistischen Nationalismus und das Schüren von Zwist zwischen den Nationalitäten.«¹⁴

14 Zitiert nach Jegor Ligatschow: Wer verriet die Sowjetunion? Berlin 2012. S. 245.

Der Rettungsanker: Unionsvertrag¹⁵

Für die Führung der UdSSR ergab sich die Frage, wie die zentri-fugalen Kräfte gezügelt werden können, wie die Zerstörung des Zentralstaates verhindert werden kann.

Gorbatschow sah in einem Unionsvertrag die Rettung. Das einzige Mittel, den Zerfall der Sowjetunion jetzt noch aufzuhalten, sei, nach seiner Meinung, »so schnell wie möglich einen neuen Unionsvertrag vorzubereiten«¹⁶.

Vorbild für einen derartigen Vertrag waren für den an der staatlichen Lomonossow-Universität Moskau ausgebildeten Juristen Gorbatschow offensichtlich Gedanken des englischen Staatstheoretikers Thomas Hobbes (1588–1679) und der Gesellschaftsvertrag des Franzosen Jean-Jacques Rousseau (1712–1778).

Nach der Vertragslehre verzichteten untergeordnete, in diesem Fall Unionsrepubliken, freiwillig auf einen Teil ihrer Souveränität und übertrugen diese auf den Staat, der ihnen im Gegenzug ihre Grundrechte, ihre Kultur und ihre traditionellen Lebensformen sichert. Im Unionsvertrag sollte eine Übereinkunft der souveränen Republiken festgeschrieben werden, in der sie sich verpflichten, friedlich miteinander zu leben und zu kooperieren.

Für die Ausarbeitung des Unionsvertrags setzte Gorbatschow den »Prozess von Nowo-Ogarjowo« in Gang. Nowo-Ogarjowo ist ein Ort in der Nähe von Moskau. Er ist bekannt durch ein Residenzschloss der Sowjetregierung. Ausländische Staatsgäste wurden hier empfangen. Die Verhandlungen über den Unionsvertrag fanden in dieser Residenz statt.

Die Ausarbeitung des Vertrags erfolgte durch eine Gruppe, die aus den Führern von neun Unionsrepubliken bestand. Geleitet

15 Siehe Anlage 7. S. 73–82.

16 Michail Gorbatschow: Erinnerungen. Berlin 1995. S. 506.

wurde sie vom Präsidenten der UdSSR. Die Gruppe erhielt auch die Bezeichnung »Neun plus Eins«.

Außer den Baltischen Republiken, die bereits aus der UdSSR ausgeschieden waren, sowie Aserbaidschan, Georgien und Moldawien, waren alle Unionsrepubliken an der Ausarbeitung des Unionsvertrages beteiligt.

Zwei Prinzipien sollten dem Vertrag zugrunde gelegt werden: die Selbstbestimmung der staatlichen Souveränität durch die nationalen Republiken und der Gemeinschaftsgedanke einer Union. Der Unionsvertrag war als Plattform gedacht für ein föderales Staatsgebilde.

Am 17. März 1991 fand in allen Unionsrepubliken (außer in Georgien, Moldawien und Armenien) ein Referendum über die Erhaltung der UdSSR statt. 112 Millionen Wähler (76 Prozent) sprachen sich dafür aus, dass die UdSSR weiter bestehen bleibt.

Dieser Wählerwille war für die Ausarbeitung des Unionsvertrages verbindlich. Die Gruppe »Neun plus Eins« war verpflichtet, ihn bei der Formulierung des Vertragstextes unbedingt zu berücksichtigen.

Zwielichtig und doppelzünftig war allerdings die Haltung der Führer der Republiken Russland und Ukraine, Jelzin und Krawtschuk. Einerseits waren sie an die Wahlentscheidung vom 17. März gebunden, andererseits verfolgten sie hartnäckig ihr Ziel, den Unionsstaat zu zerstören.

Am 3. März 1991 wurde der erste Entwurf des Vertragstextes veröffentlicht. Am Vortag, am 2. März, hatte Gorbatschow seinen 60. Geburtstag gefeiert. Die Veröffentlichung war für ihn, wie er es selbst bezeichnete, »das angenehmste Geschenk«.

Charakteristisch für den Vertragsentwurf war, dass im Text die Worte »sowjetisch« und »sozialistisch« fehlten. Es lag ein Vertrag für einen neuen Staat, für eine »Union Souveräner Staaten« vor.

Gorbatschow sah sein Ziel erreicht, er glaubte, der Unionsstaat sei gerettet. Die Unterzeichnung war für Ende August, nach Beendigung seines Sommerurlaubs, vorgesehen. Die dazu notwendigen Vorbereitungen wurden bereits getroffen. Selbst im Urlaub

nahm Gorbatschow noch Veränderungen vor. Er gab sozusagen dem Vertrag den letzten Schliff.

Doch während der Monate Juli/August erfolgte eine Umgruppierung der Kräfte in der Führungsspitze der Union. Die Gegner von Gorbatschow formierten sich. Sie bildeten eine Gruppe, die einen Putsch vorbereitete, der einen Machtwechsel zum Ziel hatte. Mitglieder dieser Gruppe waren hohe Staatsfunktionäre. So unter anderem der Stellvertreter des Präsidenten der UdSSR, Janajew, der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR (ein Studienfreund von Gorbatschow) Lukanow, der Ministerpräsident der UdSSR, Pawlow, der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit Krjutschkow und der Marschall der Sowjetunion Achromejew.

Die Gruppe nutzte die Abwesenheit des Präsidenten, um am 19. August in Moskau einen Putsch durchzuführen. Ein Notstandskomitee wurde gebildet, das den Ausnahmezustand über das Land verhängte. Es übernahm die Staatsmacht. Gorbatschow wurde auf der Insel Krim unter Hausarrest gestellt. Er sollte den Ausnahmezustand billigen. Die Forderung der Putschisten lehnte er ab. Der Putsch scheiterte. Jelzin mobilisierte die Armee. Auf den Straßen Moskaus rollten Panzer. Die Bevölkerung versagte den Putschisten die Unterstützung. Jelzin ging als Sieger hervor. Er rettete für Gorbatschow das Amt des Präsidenten.

Nach den Augustereignissen war die UdSSR ein anderes Land geworden. Die Führung des Landes war zeitweilig gelähmt. Der Zerfallsprozess der Union setzte sich fort. Jelzin zog daraus den Nutzen. Seine Macht als Präsident Russlands nahm zu, indessen die von Gorbatschow mehr und mehr zurückging.

Nach dem Scheitern des Putsches legte Gorbatschow den Posten als Generalsekretär des ZK der KPdSU nieder. Die 16-Millionen-Partei löste sich auf. Die Regierung des Landes wurde zum Rücktritt gezwungen. Es gab keine Exekutive mehr. Ein Staatskomitee übernahm die operativen Amtsgeschäfte der Zentralregierung. Funktionen des Föderalstaates wurden teilweise durch die Verwaltungsorgane der Russischen Föderation wahrgenom-

men. Marschall Achromejew beging nach dem Putsch Selbstmord.

Die Wirren der Zeit hielten Gorbatschow nicht davon ab, nach den Augustereignissen am Unionsvertrag weiter festzuhalten. Er wiederbelebte den »Prozess von Nowo-Ogarjowo«. Sein Ehrgeiz bestand darin, den Unionsvertrag auf jeden Fall unter Dach und Fach zu bringen. Sein engster Berater, Jakowlew, bemerkt dazu: »Nach dem August 1991 verbrauchte er (Gorbatschow – H. R.) seine ganze Zeit, seine Aufmerksamkeit und alle seine Kräfte – ich meine auch seine Nerven –, um Wege zu finden für die Rettung der Union. Er versuchte die Führer der Republiken für sich zu gewinnen, besonders die der Ukraine, damit die Föderation erhalten bleibt. Doch der Zug war bereits abgefahren.«¹⁷

Die Lawine der Unabhängigkeitsbewegung war nicht mehr aufzuhalten. Gorbatschow musste seine Idee von einem föderativen Staat aufgeben.

Er sah sich gezwungen, in einem Unionsvertrag die Bildung eines konföderativen Staates einer Staatengemeinschaft anzuerkennen. Er musste dem Druck der Republiken stattgeben.

Nach den Augustereignissen vollzog sich im Verhalten der Führer der Republiken zum Präsidenten der UdSSR ein Wandel. Gorbatschow hatte einen autoritären Führungsstil. Auf Beratungen und Sitzungen duldete er keinen Widerspruch. Mitglieder seiner Führung war es untersagt, ohne seine Zustimmung selbständig Entscheidungen zu treffen. Nach dem Putsch wurde den Auffassungen Gorbatschows nicht mehr vorbehaltlos gefolgt. Widerspruch wurde gewagt, eigene Positionen wurden hartnäckig vertreten.

Jelzin beschreibt in seinen »Aufzeichnungen des Präsidenten« diesen Wandel wie folgt: Er (Gorbatschow – H. R.) begab sich auf den Rückzug, was für alle vor dem August undenkbar war. Er war damit einverstanden, dass die Union eine künftige Konföderation wird. Ein Schlag für Gorbatschow war, dass eine Republik nach der anderen aus dem »Nowo-Ogarjowo-Prozess« ausschied.

17 Aleksandr Jakovlev: Sumerki. Moskva 2005. S. 621. Übers. vom Autor – H. R.

»Während früher die Häupter der Republiken es nicht wagten, mit dem Präsidenten der UdSSR zu streiten und mich (Jelzin – H. R.) wegen meines forschen Radikalismus kritisierten, stürzten sie sich jetzt selbst auf Michail Sergejewitsch und gaben mir gar nicht mehr die Möglichkeit, den Mund aufzumachen.«¹⁸

Ende November 1991 lag ein neuer Entwurf des Unionsvertrags vor. Am 9. Dezember 1991 sollte er unterschrieben werden.

Wenige Tage vorher, am 3. Dezember, richtete Gorbatschow einen Appell an die Parlamentarier der Unionsrepubliken, dem Vertragsentwurf zuzustimmen. Gorbatschow bekundete, dass er für die Einheit des Landes, für einen konföderativen, demokratischen Staat, für eine Union Souveräner Staaten eintrete.

Der Appell blieb ohne Resonanz und Wirkung. Er war ein Ruf ins Leere.

Durch einen Staatsstreich am 8. Dezember erübrigte sich die Unterzeichnung. Der »Prozess von Nowo-Ogarjowo« führte nicht zum Ziel; er war gescheitert. Ein Unionsvertrag war nicht zustande gekommen.

Das Mitwirken der Führer der Republiken an der Ausarbeitung eines Unionsvertrags war offenbar für sie ein Vorwand, ein Deckmantel, um die Unabhängigkeit ihrer Republiken zu erreichen. Ihre Absicht war, selbst in Besitz der Macht zu kommen, vollständig unabhängig zu sein – als »ungekrönte Könige« die Nationalstaaten zu regieren.

Gorbatschow hat die Einheit des Landes nicht gerettet. Vielleicht hatte er ebenfalls die Absicht, mit einem Unionsvertrag sich selbst zu retten. Vielleicht hoffte er, nomineller Präsident des Landes zu bleiben, egal welche Staatsform es hat.

Der Unionsvertrag, dessen Unterschreibung zweimal scheiterte, erwies sich als Kulisse, hinter der sowohl der Präsident der UdSSR als auch die Führer der Republiken eigene Interessen verfolgten, ihr eigenes Spiel trieben.

¹⁸ Zitiert nach Nikolaj Ryžkov: Glavnyj svidetel'. Moskva 2010. S. 169. Übers. vom Autor – H. R.

Der Todesstoß im Belowescher Forst

Die Russische Föderation, die Ukraine und Weißrussland hatten zwar ihre Unabhängigkeit erklärt, sie gehörten aber nach wie vor der Union der Sowjetrepubliken an. Sie waren ein Teilstaat. Ziel der Unabhängigkeitsbewegung war aber, *vollständig* unabhängig, nicht Teil eines Ganzen zu sein.

Die Republiken wollten ohne Eingriffe von außen ihr Land selbst regieren, Innen- und Außenpolitik selbständig bestimmen, das ausschließliche Recht besitzen, über die im Land vorhandenen Bodenschätze zu verfügen. Der Beitritt in einen Unionsvertrag hätte das nicht ermöglicht bzw. stark eingeschränkt.

Die vollständige Unabhängigkeit bedingte vielmehr eine Lösung von der Union, einen Austritt aus dem Zentralstaat. Und das geschah am 8. Dezember 1991 auf abenteuerliche Art und Weise. Für die UdSSR war es ein verhängnisvoller Tag. Was hat sich an diesem 8. Dezember ereignet?

Vor der Vertragsunterzeichnung besuchte Jelzin, als Präsident der Russischen Föderation, Weißrussland. Er trat die Reise am 7. Dezember an. Begleitet wurde er von einer Delegation, der hochrangige Mitglieder der Regierung der Russischen Föderation angehörten. Delegationsmitglieder waren der Berater Jelzins und Erste Stellvertreter der Regierung Russlands, G. E. Burbulis, der stellvertretende Ministerpräsident Russlands, S. M. Schuchrai, der Finanz- und Wirtschaftsminister, I. G. Gaidar und andere hohe Staatsbeamte. Offiziell wurde erklärt, der Besuch erfolge auf Einladung des Vorsitzenden des Obersten Sowjets Weißrusslands, S. S. Schuschkjewitsch.

Er solle dazu dienen – angesichts des bevorstehenden Winters – mit der russischen Delegation über die Erhöhung der Lieferung von Erdöl und Erdgas zu verhandeln.

Ebenso war am 7. Dezember der Präsident der Ukraine, L. M. Krawtschuk, angereist.

Die russische und die ukrainische Delegation bezogen ihr Quartier in einem Jagdschloss im Belowescher Forst. Es war nur ein Steinwurf von der polnischen Grenze entfernt. Die nächstgelegene Stadt war Brest. Hier begann am 21. Juni 1941 der Überfall der Hitlerwehrmacht auf die Sowjetunion.

Die Reise beider Delegationen erfolgte unter strengster Geheimhaltung. Gorbatschow hatte allerdings von dem Besuch erfahren. Als er die Zusammensetzung der Delegation erfuhr, ahnte er nichts Gutes.

Am Vorabend der Abreise fand zwischen ihm und Jelzin ein Gespräch statt. Gorbatschow wollte in Erfahrung bringen, welchem Zweck die Reise dient. Es sei ein allgemeiner Gedankenaustausch vorgesehen – so Jelzin. Außerdem wolle er mit Krawtschuk sprechen, der es ablehnt, nach Moskau zu kommen. Gorbatschow wies Jelzin darauf hin, dass er sich bei seinen Gesprächen in Weißrussland im Rahmen des Unionsvertrags bewegen soll. Jelzin wich einer Antwort aus.

Was führte die Präsidenten von Russland und der Ukraine sowie den Vorsitzende des Obersten Sowjets Weißrusslands zusammen, was führten sie im Schilde? Sie planten einen Staatsstreich. Eigenmächtig, ohne Legitimation ihrer Völker bzw. Parlamente, erklärten sie den Austritt der von ihnen vertretenen Sowjetrepubliken aus der UdSSR. Wörtlich heißt es in ihrer Erklärung: »Die Union als Subjekt des Internationalen Völkerrechts und als geopolitische Realität hat ihr Recht auf Existenz verloren«. Zugleich verkündeten sie die Bildung einer »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« (GUS).

Die Troika begründete den Austritt damit, dass die Verhandlungen über einen Unionsvertrag in einer Sackgasse gelandet seien, aus der es keinen Ausweg gibt. Der Austritt der drei Republiken, die mehr als dreiviertel der Gesamtbevölkerung der UdSSR ausmachten, war der finale Hieb, der Todesstoß für die UdSSR.

Abgesehen davon, dass die Verhandlungen tatsächlich festgefahren waren, dass eine Unabhängigkeitsbewegung in Gang gekommen war, die nicht mehr aufgehalten werden konnte, wurde im Belowescher Forst mit dreister Rücksichtslosigkeit der im Dezember 1922 beschlossene Staatsvertrag mit Füßen getreten und der im März 1991 durchgeführte Volksentscheid über das Weiterbestehen der UdSSR schlichtweg ignoriert.

Es ist von Interesse, unter welchen Umständen und in welcher Atmosphäre der Austritt erfolgt ist. Details sind erst später bekannt geworden. Geschildert werden sie in dem Buch »Der Kronzeuge« von Nikolai Ryschkow.

Am 7. Dezember abends brachen alkoholisiert die Führer der drei Republiken zur Jagd auf. Ihren mitgereisten Begleitern erteilten sie den Auftrag, eine Austrittserklärung aus dem Verband der UdSSR zu verfassen. Der geistige Vater des Textes war Genadij Burbulis. Ein Jurist gab dem Text die entsprechende Rechtsform. Am frühen Morgen, um vier Uhr, lag nach reichlichem Alkoholgenuss der Text handgeschrieben vor. Zur Abschrift mit der Maschine sollte er unter die Zimmertür der Sekretärin geschoben werden; sie lag im Schlaf. Die Verfasser des Textes irrten sich aber in der Tür. Sie schoben die Erklärung unter die Tür eines Wachmannes. Er fand sie, wusste aber damit nichts anzufangen. Er zerknüllte das handgeschriebene Blatt und warf es in den Mülleimer. Am Morgen gab es große Aufregung. Der Text war verschwunden. Nach langem Suchen war er gefunden worden.

Am 8. Dezember, 14:17 Uhr, wurde die Austrittserklärung von den Führern der drei Republiken feierlich unterschrieben. Es war ein Dokument entstanden und unterzeichnet worden, das im wahrsten Sinne des Wortes in die Weltgeschichte eingegriffen hat.

Die Troika war sich des Risikos ihres begangenen Staatsstreichts bewusst. Sie hatte die Folgen abgeschätzt, die der Staatsverrat hätte auslösen können.

Nach der Unterzeichnung griff Jelzin sofort zum Telefon. Er führte zwei Gespräche. Er informierte als Ersten den Verteidigungsminister der UdSSR, Schaposchnikow. Im Einvernehmen

mit Krawtschuk und Schuschkjewitsch ernannte er ihn zum Oberkommandierenden der Streitkräfte der soeben gegründeten »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten«. Ohne Vorbehalte stellte sich Schaposchnikow auf die Seite der Troika. Die Troika hatte somit Rückendeckung durch die Armee.

Das andere Telefonat führte Jelzin mit dem Präsidenten der USA, George Bush. Unterwürfig teilte er dem Präsidenten mit, dass er es kaum erwarten konnte, ihn zu informieren, dass die Republiken Russland, Ukraine und Weißrussland aus der UdSSR ausgetreten sind. Er ließ ihn auch wissen, dass Gorbatschow noch nicht informiert worden ist.

Für 17 Uhr wurde eine Pressekonferenz einberufen. Die Öffentlichkeit sollte über den Austritt informiert werden. Kurzfristig wurde sie allerdings wieder abgesagt. Jelzin war so betrunken, dass er nicht im Stande war, auf einer Pressekonferenz Rede und Antwort zu stehen. Nachts, 2:00 Uhr, hat sie dann stattgefunden. Die Zunge Jelzins war noch schwer.

Der Präsident der UdSSR wurde erst am darauf folgenden Tag informiert. Nicht Jelzin informierte ihn, sondern der Vorsitzende der Weißrussischen Republik, Schuschkjewitsch.

Gorbatschow war außer sich. Er war entrüstet über diese hinterhältige Aktion.

Seine Vermutungen, dass auf dem Treffen im Belowescher Forst Böses im Spiel sein werde, wurden weit übertroffen. Mit einem Staatsstreich hatte er niemals gerechnet. Staatsverrat hat er sich nicht vorstellen können. Nach der Verfassung wäre es erforderlich gewesen, die Verschwörer zur Verantwortung zu ziehen. Doch bis auf markige Worte wurde vom Staatspräsidenten der UdSSR nichts unternommen. Er verzichtete darauf, die in seinen Händen liegenden Machtmittel anzuwenden.

Die von Gorbatschow verfolgte Idee, eine Union »Unabhängiger Staaten« zu bilden, fand keine Unterstützung. Ganz entschieden wurde sie vom Präsidenten der Ukraine, Krawtschuk, abgelehnt. Selbst ein konföderatives Staatsgebilde kam für ihn nicht in Frage. Er erklärte: Die Ukraine ist ein souveräner Staat, sie wird

niemals in eine Gemeinschaft eintreten, die auch nur einen Hauch eines überstaatlichen Organs hat.

Unmittelbar nach dem 8. Dezember ratifizierten die Parlamente der Russischen Föderation, der Ukraine und Weißrusslands ihren Beitritt in die »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten«. Am 12. Dezember fand in Aschchabat (Turkmenien) eine Beratung der Führer der Mittelasiatischen Republiken (Turkmenien, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan) sowie der Republik Kasachstan statt. Auf ihr wurde beschlossen, dass sie ebenfalls aus der UdSSR austreten und sich an der Gründung der »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« beteiligen. Mit diesem Beschluss gab es faktisch die UdSSR als Einheitsstaat nicht mehr.

Die »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« war ein loser Bund auf freiwilliger Grundlage. Sie war weder ein Staat noch ein Völkerrechtssubjekt. Sie stellte lediglich eine Vereinbarung dar, in der nach bestimmten Regeln die Beziehungen zwischen den ihr angehörenden unabhängigen Republiken gestaltet und organisiert werden sollten. Die »Gemeinschaft« war ihrer Form und ihrem Inhalt nach weder Fisch noch Fleisch. Sie war, wie die Realität zeigte, nicht lebensfähig. Sie war eine Fehlgeburt.

Das Ende der UdSSR, ihre Nichtmehr-Existenz, wurde am 21. Dezember 1991 in Alma-Ata offiziell verkündet. Die Führer von elf ehemaligen Sowjetrepubliken (außer Grusinien und den drei Baltischen Republiken) erklärten in einem Appell, dass die UdSSR als Staat nicht mehr existiert.

Jelzin, Krawtschuk und Schuschkjewitsch hatten am 8. Dezember die UdSSR geopfert, um selbst auf den Thron in ihren Republiken zu steigen. Die Führer der anderen Republiken folgten ihnen; sie handelten nach dem Grundsatz: Lieber ein kleiner König zu sein als ein großer Knecht.

Obwohl seit dem Zerfall der UdSSR mehr als zwei Jahrzehnte vergangen sind, sind die Folgen von damals noch heute überall spürbar. Russland ist zu einem Schwellenland abgesunken. Die übrigen Republiken befinden sich auf dem Niveau von Entwicklungsländern. In der Rückbesinnung gibt es bei Millionen von

Menschen Bedauern darüber, dass die Einheit des Landes nicht mehr existiert.

Wie wahr ist das russische Sprichwort: Erst am nächsten Morgen erfolgt die Ernüchterung.

Triumphiert haben natürlich die Gegner der UdSSR. Sie feierten den Niedergang dieses Imperiums als ihren Sieg. Der einstige Widersacher war nicht mehr vorhanden. In einer Geheimverhandlung drückte 1995 der damalige Präsident der USA, Bill Clinton, seine Genugtuung über den Untergang der UdSSR wie folgt aus: »Die letzten zehn Jahre unserer Politik gegenüber der UdSSR und deren Verbündeten hatten eindrucksvoll gezeigt, wie richtig der von uns gewählte Kurs war, einen der mächtigsten Staaten und einen der stärksten Militärböcke zu beseitigen. Indem wir die Fehler der sowjetischen Diplomatie und die ungewöhnliche Selbstgefälligkeit von Gorbatschow und seiner Umgebung sowie jener, die offen eine proamerikanische Position eingenommen haben, ausnutzten, haben wir das erreicht, was der Präsident Truman mit einer Atombombe erreichen wollte.«¹⁹ Dazu bedarf es keines Kommentares.

19 Zitiert nach Nikolaj Ryžkov: *Glavnyj svidetel'*. Moskva 2010. S.237. Übers. vom Autor – H.R.

Gorbatschow und Jelzin im Niedergangsprozess der UdSSR

Auf der Politischen Bühne der Sowjetunion spielten in den Jahren 1990/1991 zwei Personen die Hauptrolle: Gorbatschow und Jelzin.

Jelzin hatte in Bezug auf Popularität mit Gorbatschow nicht nur gleich gezogen, er war sogar in der Bevölkerung der Hauptsympathieträger geworden.

Im Vergleich zwischen beiden gibt es Gemeinsamkeiten und große Unterschiede. Beide waren Personen mit gleicher oder ähnlicher Biographie und Karriere. Beide kamen aus der Provinz, waren bäuerlicher Herkunft. Gorbatschow stammte aus einem Dorf im Vorkaukasus, Jelzin aus einem Dorf im Swerdlowsker Gebiet. Ihre Karriere machten sie als Funktionäre der KPdSU. Gorbatschow stieg bis in das Amt des Präsidenten der UdSSR auf und Jelzin in das des Präsidenten der Russischen Föderation.

Völlig unterschiedlich waren dagegen ihr Charakter und ihr politisches Handeln. Jelzin war »Siberiak«, ein rustikaler Typ, er liebte das Trinken. Er war machtbesessen. Anfang der Neunziger Jahre verwandelte er sich vom »Paulus« zum »Saulus«. Er hasste das Sowjetsystem und er bekämpfte es.

Als Präsident benutzte er seine Macht, die Russische Föderation aus dem Verbund der UdSSR herauszulösen, die UdSSR zu zerstören.

Gorbatschow war hingegen der Typ eines Intellektuellen, er war belesen, er war gebildet, er hatte eine Neigung zum abstrakten Philosophieren, zur Abkehr von den Alltagsproblemen im menschlichen Leben. Er war redegewandt und liebte das Bad in der Menge. In der Politik war er Reformier, Zauderer, Anpasser.

Er war schwer berechenbar, er variierte und improvisierte.

Er bewegte sich zwischen mehreren Stühlen. Er war Leninist und Nichtleninist. Nach Meinung seiner engsten Vertrauten

war sein Kopf eine Festung, in die niemand einzudringen vermochte. Seine Seele sei verschlossen, so gut wie nicht erreichbar gewesen.

Während Jelzin von Mitarbeitern umgeben war, die ihm zur Hand gingen, gleich gesinnt waren, war das Umfeld von Gorbatschow heterogen; es bestand aus Vertretern unterschiedlicher Interessen und Richtungen. Gorbatschow war von Gegnern der Perestroika umgeben ebenso von Radikalreformern. Gorbatschow hörte auf verschiedene Stimmen.

Die Stimme der Geheimdienste nahm er mit besonderer Aufmerksamkeit wahr. Er kannte die Macht der Geheimdienste. Er hatte Furcht vor dem »Chruschtschow-Syndrom«. ²⁰

Nach dem Augustputsch waren Autorität und Amt von Gorbatschow angeschlagen. Die Zügel, die UdSSR zu führen und zu regieren, glitten ihm mehr und mehr aus der Hand. Obwohl er den Anschein zu erwecken versuchte, nicht »Totengräber« der UdSSR sein zu wollen, trug er mit seinem Kurswechsel in der Perestroikapolitik Mitte des Jahres 1990 *objektiv* mit dazu bei, dass die UdSSR als Staat zerfallen und untergegangen ist.

Jelzin wurde dagegen die mächtigste und populärste Person in Russland. Er wurde zur Leitfigur für die anderen Republiken.

Sein Ziel, das er offiziell verkündete, war, die Sowjetunion zu beseitigen. Er hatte es erreicht. Er konnte triumphieren. Doch sein Triumph stürzte Russland in eine Katastrophe. Es entstand ein marktwirtschaftliches System schlimmster kapitalistischer Art. Eine Privatisierungswelle überrollte das Land. Die Einführung der Marktwirtschaft führte zu extremen Auswüchsen. Mit Unterstützung der Russischen Führung entstanden über Nacht Oligarchen. ²¹ Schamlos haben sie Reichtum des Landes in Besitz

²⁰ Jegor Ligatschow beschreibt in seinem Buch »Wer verriet die Sowjetunion?« das »Chruschtschow-Syndrom« (S. 136–139). Es ist eine auf geheimdienstlichen Informationen beruhende indirekte Verschwörung. Sie endete mit der Ablösung von Chruschtschow vom Posten des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU. Wie im Fall von Nikita Chruschtschow hat diese indirekte Verschwörung auf einem Plenum des Zentralkomitees stattgefunden.

genommen. Auch Jelzin und seine Familie haben kräftig zuge-
langt, haben sich maßlos bereichert.

Wenn auch Gorbatschow und Jelzin Politiker unterschiedli-
chen Typs waren, wenn auch Jelzin keinen Hehl aus seiner Geg-
nerschaft zum Sowjetsystem machte, Gorbatschow dagegen im-
mer wieder beteuerte, er habe alles in seiner Macht stehende ge-
tan, die UdSSR als Einheitsstaat zu erhalten, so hat er durch sein
Wirken objektiv ebenso wie Jelzin mit zum Untergang der UdSSR
beigetragen.

21 Siehe auch Horst Richter: Jelzin und die Oligarchen. Die ursprüngliche
Akkumulation des Kapitals in Russland heute. Leipzig 2010 (Diskurs. Streitschrif-
ten zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 37).

Nachspiel für Jelzin

Russland war das Herzstück der Sowjetunion, die wirtschaftlich stärkste Unionsrepublik. Es war die Hauptstütze der Weltmacht Sowjetunion. Während der Präsidentschaft von Jelzin in den Jahren 1991 bis 1999 ist es ein Schwellenland geworden.

Angesichts des katastrophalen Zustands, der durch das Jelzin-Regime in den 1990er Jahren in Russland entstanden war, bildete sich 1998 in der Staatsduma eine Initiativgruppe, bestehend aus 228 Abgeordneten, die einen Antrag an das Parlament einbrachte, gegen den Präsidenten ein Verfahren zu eröffnen – ein Impeachmentverfahren – mit dem Ziel, ihn seines Amtes zu entheben.

Ein Impeachment kann dann stattfinden, wenn ein Amtsträger gegen seine Aufgaben und Verpflichtungen verstoßen hat. Amtsenthebungsverfahren sind Bestandteil eines präsidentialen Regierungssystems. In der Russischen Föderation sieht der Artikel 93 der Verfassung die Möglichkeit eines Impeachments vor. Die Initiativgruppe der Staatsduma stütze sich auf diesen Artikel der Verfassung.

In fünf Punkten wurde gegen Jelzin Anklage erhoben. Eine Sonderkommission untersuchte die Anklagen. Der erste Punkt war Anklage wegen Staatsverrats. Jelzin habe mit der von ihm vorbereiteten und gemeinsam mit den Führern der Ukraine und Weißrusslands abgegebenen Erklärung, der UdSSR auszutreten, die Sowjetunion zerstört und damit Staatsverbrechen begangen. Jelzin hatte keinerlei Befugnis, den Vertrag zur Gründung der UdSSR aus dem Jahr 1922 außer Kraft zu setzen. Außerdem wurde er wegen Missachtung des Wählervotums vom 17. März 1991 angeklagt, bei dem 70 Prozent der Wähler Russlands für den Er-

halt der UdSSR ihre Stimme abgegeben hatten. Die anderen Punkte der Anklage betrafen:

- Den staatlichen Umsturz in den Monaten September/Oktober 1993. Unter den Abgeordneten des Volkskongresses hatte sich eine starke Opposition gebildet, die sich der autokratischen Führung Jelzins widersetzte. Jelzin ergriff gegen sie rigide Maßnahmen. Per Ukas löste er am 21. September das Parlament auf und ordnete Neuwahlen für den 12. Dezember an. Das Parlament wurde von Spezialeinheiten der Armee umstellt und von der Außenwelt abgeriegelt. Sämtliche Versorgungsleitungen wurden unterbrochen. Tagelang gab es weder Strom noch Wasser. Am 4. Oktober befahl Jelzin, das Parlamentsgebäude durch Panzereinheiten beschießen zu lassen. Tote und Verletzte waren zu beklagen.
- Die Auflösung des Volkskongresses der Russischen Föderation.
- Den Befehl über die Kriegshandlungen in Tschetschenien.
- Die Schwächung der Landesverteidigung und die Reformpolitik, die das Land in das Chaos geführt hat.

In all diesen Anklagepunkten wurden Verstöße Jelzins gegen die Verfassung, gegen Recht und Gesetz nachgewiesen.

In der Staatsduma wurde über das Impeachment abgestimmt. Die von der Verfassung dafür festgelegte Mehrheit von 300 Stimmen wurde nicht erreicht. Für ein Verfahren gegen Jelzin stimmten je nach Anklagepunkt 237 bis 241 Abgeordnete.

Trotz der fehlenden Stimmen blieben die Untersuchungsergebnisse für Jelzin nicht ohne Folgen; er war diskreditiert. Als Präsident war er nicht mehr tragbar. Ein halbes Jahr später sah er sich gezwungen, zurückzutreten. Er legte das Amt in die Hände von Wladimir Putin. Nikolai Ryschkow, der Jelzin aus der Nähe kannte, schreibt in seinem Buch »Der Kronzeuge« über ihn: »Für diesen Menschen war das Volk, das ihn 1991 mit Begeisterung wählte, Dreck. Er gierte nach Macht, nur nach Macht. Im Namen der Macht liquidierte er den Obersten Sowjet der RSFSR, beseitig-

te den Kongress der Volksdeputierten. Er berauschte sich an der Macht; in ihr sah er, was er auch nicht verheimlichte, den Sinn seines Lebens.«²²

Ein schreckliches Jahrzehnt war in Russlands Geschichte zu Ende gegangen.

Die Amtsübergabe erfolgte Silvester 1999. Putin wurde zunächst Interimspräsident. Jelzin übergab sein Amt vor dem Ende seiner Amtsperiode. Er war sich bewusst, dass er Verbrechen an Land und Volk begangen hat. Seinen von ihm ausgewählten Nachfolger bot er einen Deal an: Du wirst umgehend Präsident, als Gegenleistung gewährst Du mir Straffreiheit. Putin willigte ein.

Einer der ersten Erlasse Putins war die Garantie, Jelzin und dessen Familie nicht strafrechtlich zu verfolgen. Der Clan Jelzin wurde »reingewaschen«.

*

Sechs Jahre nach seinem Rücktritt ist Boris Jelzin am 25. April 2007 an einem schweren Herzleiden in Alter von 66 Jahren verstorben. Reichlicher Alkoholenuss hatte das Seinige dazu beigetragen. Die fast 10jährige Präsidentschaft Jelzins war für Russland eine Katastrophe. Er hat das Land abgewirtschaftet. Er war zwar populär, aber zugleich ein Demagoge. Öffentlich predigte er Wasser, heimlich trank er Wein (Wodka). Skrupellos nutzte er seine Macht, um sich und seine Familie zu bereichern.

Mit eisernem Besen fegte er Widersacher aus.

Mit Beschuss des Militärs löste er den Obersten Sowjet und den Volkskongress Russlands auf. Dunkle Kanäle vermuten, dass er für ausländische Dienste in der Pflicht stand.

²² Nikolaj Ryžkov: Glavnyj svidetel'. Moskva 2010. S. 236/237. Übers. vom Autor – H. R.

Michael Gorbatschow musste Ende 1991 von der politischen Bühne abtreten. Seine Präsidentschaft hatte sich erübrigt. Sang- und klanglos ging seine Karriere zu Ende. Seine »große Reform« war gescheitert, sie war konzeptionslos und nicht durchdacht. Seinen Abtritt als Präsident eines Weltimperiums hat er nur schwer verkraftet.

Gorbatschows Hände griffen nicht nach Staatsvermögen. Die Prämie für seinen Friedensnobelpreis, der ihm im Juni 1991 verliehen wurde, sowie die üppigen Honorare, die ihm für seine Vorträge und Kolumnen in Publikationsorganen der westlichen Welt gezahlt werden, sind für ihn eine sichere Grundlage für ein Leben in Wohlstand und Reichtum.

Der Hang zur Macht war bei ihm nach wie vor vorhanden.

Gorbatschow reizte der Thron des Präsidenten der Russischen Föderation. 1998 stellte er sich zur Präsidentenwahl. Aber die russischen Wähler wollten ihn nicht. Mit 0,51 Prozent der Stimmen erteilten sie ihm eine entschiedenen Abfuhr.

Heute steht er an der Spitze einer Stiftung, die seinen Namen trägt. Auszeichnungen, gleich welcher Art, nimmt er gern entgegen. Zugleich versäumt er es nicht, das System, in dem er aufgewachsen ist und das ihn emporgehoben hat, in Bausch und Bogen zu verdammen

Unzufrieden ist er darüber, dass er im eigenen Land nicht geschätzt wird, seine »Verdienste« nicht gewürdigt werden. In der Bundesrepublik Deutschland wird er als »Mann des 20. Jahrhunderts« gefeiert. Es sei dabei aber an die Worte des bekannten britischen Historikers Eric Hobsbawm erinnert, »dass dieses Jahrhundert schrecklich war«.

ANLAGEN

1	<i>Die Unionsrepubliken der UdSSR</i>	63
2	<i>Die Bedeutung der namengebenden Nation in den jeweiligen Republiken</i>	65
3	<i>Die Völker des Russischen Reiches bzw. der UdSSR</i>	66
4	<i>Die Anteile religiös-ethnischer Milieus an der Bevölkerung der UdSSR</i>	68
5	<i>Die Russische Föderation</i>	69
6	<i>Die Föderale Gliederung Russlands</i>	70
7	<i>Vertrag über die Union Souveräner Staaten</i> ...	73
8	<i>Fernsehansprache des Präsidenten der UdSSR Michael Gorbatschow an die Bürger der Sowjetunion am 25. Dezember 1991</i>	83

Anlage 1

Die Unionsrepubliken der UdSSR²⁵

<i>Unionsrepublik und heutiger Staat</i>	<i>Fläche in km²</i>	<i>Einwohner 1989</i>	<i>Hauptstadt</i>
Russische SFSR Russische Föderation	17 075 200	147 Mio.	Moskau
Teilstaaten in Europa:			
Weißrussische SSR Weißrussland	207 600	10,1 Mio.	Minsk
Estnische SSR Estland	45 226	1,5 Mio.	Tallin
Lettische SSR Lettland	64 589	2,6 Mio.	Riga
Litauische SSR Litauen	65 301	3,7 Mio.	Vilnius
Moldauische SSR Moldawien	33 843	4,3 Mio.	Chişinău
Ukrainische SSR Ukraine	603 700	51,7 Mio.	Kiew
Teilstaaten zwischen Europa und Asien:			
Armenische SSR Armenien	29 800	3,3 Mio.	Eriwan
Aserbaidshanische SSR Aserbaidshan	86 600	7,0 Mio.	Baku
Georgische SSR Georgien	69 700	4,3 Mio.	Tiflis
Kasachische SSR Kasachstan	2 717 300	16,7 Mio.	Alma-Ata

²⁵ Quelle: WikiBooks. Die freie Bibliothek.

<i>Unionsrepublik und heutiger Staat</i>	<i>Fläche in km²</i>	<i>Einwohner 1989</i>	<i>Hauptstadt</i>
Teilstaaten in Asien:			
Kirgisische SSR Kirgisistan	198 500	4,3 Mio.	Frunse
Tadschikische SSR Tadschikistan	143 000	5,1 Mio.	Duschanbe
Turkmenische SSR Turkmenistan	488 100	3,5 Mio.	Aschgabad
Usbekische SSR Usbekistan	447 400	19,9 Mio.	Taschkent
UdSSR insgesamt	22 402 223	286,7 Mio.	Moskau

Anlage 2

Die Bedeutung der namengebenden Nation in den jeweiligen Republiken²⁴

<i>Nation</i>	<i>1959</i>	<i>1970</i>	<i>1979</i>
Russen in der RSFSR	83,3	82,8	82,6
Ukrainer in der Ukraine	76,8	74,9	73,6
Weißrussen in Weißrussland	81,1	81,0	79,4
Usbeken in Usbekistan	62,1	65,5	68,7
Kasachen in Kasachstan	29,8	32,6	36,0
Russen in Kasachsen	42,7	42,4	40,8
Ukrainer in Kasachstan	8,2	7,2	6,1
Deutsche in Kasachstan	7,1	6,6	6,1
Georgier in Georgien	64,3	66,8	68,8
Aserbaidsschaner in Aserbaidsschan	67,5	73,8	78,1
Litauer in Litauen	79,3	80,1	80,0
Moldawier in Moldawien	65,4	64,6	63,9
Letten in Lettland	62,0	56,8	53,7
Russen in Lettland	26,6	29,8	32,8
Kirgisen in Kirgisistan	40,5	43,8	47,9
Tadschiken in Tadschikistan	53,1	56,2	58,8
Armenier in Armenien	88,0	88,6	89,7
Turkmenen in Turkmenistan	60,9	65,6	68,4
Esten in Estland	74,6	68,2	64,7
Russen in Estland	20,1	24,7	27,9

²⁴ Quelle: Hans-Heinrich Nolte: Kleine Geschichte Russlands. Aktualisierte und bibliogr. erg. Aufl. Stuttgart 2008. S. 525 (RUB 9696). – Angaben im prozentualen Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Republik.

Anlage 3

Die Völker des Russischen Reiches bzw. der UdSSR²⁵

<i>Ethnien und ihre Sprachen</i>	<i>1719</i>	<i>1897</i>	<i>1926</i>	<i>1939</i>	<i>1959</i>	<i>1979</i>	<i>1989</i>	<i>An- teil^a</i>	<i>Ver- brei- tung^b</i>
Indoeuropäische:									
<i>Slawische:</i>									
Russisch	11,1	55,7	77,8	99,6	114,1	137,4	145,2	50,8	99,8
Ukrainisch	2,0	22,4	31,2	28,1	37,3	42,3	44,2	15,5	81,1
Weißruss.	0,4	5,9	4,7	5,9	7,9	9,5	10,0	5,8	70,9
Polnisch		7,9	0,8	0,6	1,4	1,2	1,1	0,4	30,4
<i>Germanische:</i>									
Deutsch	0,1	1,8	1,2	1,4	1,6	1,8	2,2	0,7	48,7
Jiddisch		5,0	2,6	3,0	2,7	2,2	1,5	0,5	12,8
<i>Baltische:</i>									
Litauisch		1,7	0,04	0,05	2,3	2,9	3,1	1,1	97,7
Lettisch	0,2	1,4	0,1	0,1	1,4	1,4	1,5	0,5	94,8
<i>Romanische:</i>									
Moldauisch/ Rumänisch		1,1	0,3	0,3	2,2	3,0	3,4	1,2	91,6
<i>Griechisch:</i>									
		1,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,1	44,5
<i>Iranische:</i>									
Armenisch		1,2	1,6	2,2	2,8	4,2	4,6	1,6	91,6
Tadschikisch		0,4	1,0	1,2	1,4	2,9	4,2	1,5	97,7
Ossetisch		0,2	0,3	0,4	0,4	0,5	0,6	0,2	87,0
Roma		0,04	0,06	0,1	0,1	0,2	0,3	0,1	77,4
Finnoungurische:									
Mordwinisch	0,1	1,0	1,3	1,5	1,3	1,2	1,1	0,4	67,0
Estnisch	0,3	1,0	0,2	0,1	1,0	1,0	1,0	0,4	95,5
Wotjakisch/ Udmurtisch	0,05	0,4	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,2	69,6
Tscheremis- tisch/Mari	0,06	0,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,7	0,2	80,8
Komi /Karelisch	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	47,9

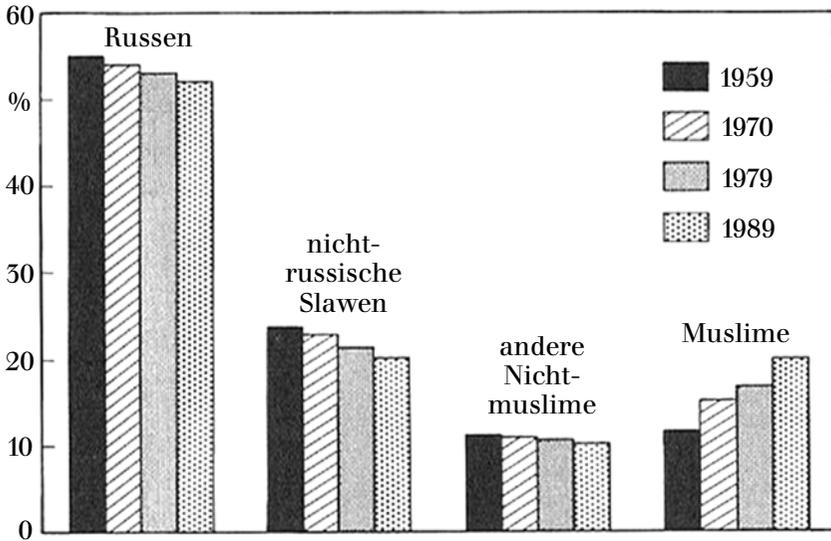
25 Quelle: Hans-Heinrich Nolte: Kleine Geschichte Russlands. Stuttgart 2008. S. 521–523. – Angaben in Millionen Einwohnern.

<i>Ethnien und ihre Sprachen</i>	1719	1897	1926	1939	1959	1979	1989	<i>An- teil^a</i>	<i>Ver- brei- tung^b</i>
Ural-Altäische:									
<i>Türkische:</i>									
Usbekisch		1,8	3,9	4,8	6,0	12,5	16,7	5,8	98,3
Kasachisch		3,9	4,0	3,1	3,6	6,6	8,1	2,8	97,0
Tatarisch	0,3	2,1	2,9	4,3	5,0	6,3	6,9	3,4	83,2
Aserbaidscha- nisch		1,4	1,7	2,3	2,9	5,5	6,8	2,4	97,6
Turkmenisch		0,3	0,8	0,9	1,0	1,9	2,5	0,9	98,5
Kirgisch		0,6	0,8	0,9	1,0	1,9	2,5	0,9	97,8
Tschuwachisch	0,2	0,8	1,1	1,3	1,5	1,8	1,8	0,6	76,5
Baschkirisch	0,2	1,3	0,7	0,8	1,0	1,4	1,4	0,4	72,3
Jakutisch	0,04	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4	0,1	93,8
<i>Mongolische:</i>									
Kalmückisch	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	89,9
Burjätisch	0,04	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,1	86,3
Kaukasische:									
Georgisch		1,4	1,8	2,3	2,7	3,6	4,0	1,4	98,2
Tschetschenisch		0,2	0,3	0,4	0,4	0,7	1,0	0,3	98,0
Awarisch		0,2	0,2	0,3	0,3	0,5	0,6	0,2	96,7
Paläo- asiatische:									
Tschuktschisch		0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02		
Gesamt	15,8	125,6	147,0	170,6	208,7	262,1	285,8		

(*Legende:* a – Anteil der Ethnie an der Gesamtbevölkerung in Prozent, b – Verbreitungsgrad der jeweiligen Sprache als Umgangssprache innerhalb der Ethnie in Prozent)

Anlage 4

Die Anteile religiös-ethnischer Milieus an der Bevölkerung der UdSSR 1959–1989²⁶



26 Quelle: Hans-Heinrich Nolte: Kleine Geschichte Russlands. Stuttgart 2008. S. [527].

Anlage 5

*Die Russische Föderation (Rossijskaja Federazija)*²⁷

Amtssprache:

Russisch, Sprache der Nationalitäten
in den Teilrepubliken und
Autonomen Kreisen

Hauptstadt: Moskau

Staatsform:

semipräsidentiale Republik

Staatsoberhaupt:

Präsident Wladimir Putin

Regierungschef:

Ministerpräsident Dmitri Medwedew

Fläche: 17 075 400 km², davon
in Europa 3 952 550 km²,
in Asien 13 122 850 km²

Einwohnerzahl:

143,1 Mio (Schätzung Juli 2012)

Bevölkerungsdichte:

acht Einwohner pro km²

Bevölkerungsentwicklung:

+0,01 % (2011) pro Jahr

Bruttoinlandsprodukt (2011):

Total (nominal) 1 850 Milliarden USD

Total (PPP) 2 383 Milliarden USD

BIP/Einwohner (nominal) 12 993 USD

BIP/Einwohner (PPP) 16 736 USD

Human Development Index: 0,755

²⁷ Quelle: Wikipedia. Die freie Enzyklopädie.

Anlage 6

*Die Föderale Gliederung Russlands*²⁸

Die föderale Gliederung Russlands sieht neben der zentralstaatlichen Ebene 83 Föderationssubjekte mit unterschiedlichem Autonomiegrad vor, die wiederum in acht Föderationskreisen zusammengefasst sind. Mit dem Ende der Sowjetunion 1991 und der Neugründung Russlands blieben die Grenzen innerhalb der Russischen Föderation zunächst weitgehend bestehen.

Föderationssubjekte

Zu den Föderationssubjekten gehören: 21 *Republiken* (Diese besitzen eine eigene *Verfassung* und *Gesetzgebung* und haben innerhalb der Russischen Föderation den höchsten Grad an innerer Autonomie. Republiken sind für die größeren nicht-russischen Völker errichtet worden. Außer *Tatarstan* und *Tschetschenien* haben alle Republiken den Föderationsvertrag vom 31. März 1992 mit Russland unterzeichnet.) – eine Autonome Oblast (*Awtonomnaja Oblast*; nur Jüdische Autonome Oblast) – vier Autonome Kreise (*Awtonomny Okrug*) – neun Regionen (*Krai*) – 46 Gebiete (*Oblast*) – zwei Städte mit Subjektstatus (*Moskau* und *Sankt Petersburg*).

Änderungen der Subjektstruktur auf Föderaler Ebene

Durchgeführte Reformen. Die Region Perm entstand am 1. Dezember 2005 aus der bisherigen Oblast Perm und dem Autonomen Kreis der Komipermjaken. Es handelte sich dabei um die erste Gebietszusammenlegung seit 1993.

²⁸ Quelle: Wikipedia. Die freie Enzyklopädie.

Die Autonomen Kreise der Ewenken und Taimyr wurden per 1. Januar 2007 in die Region Krasnojarsk eingegliedert (Referendum vom 17. April 2005).

Die Oblast Kamtschatka und der Autonome Kreis der Korjaken bilden ab 1. Juli 2007 die neue Region Kamtschatka (Referendum vom 23. Oktober 2005; 85 Prozent der Bevölkerung der beiden Föderationssubjekte stimmten zu).

Zum 1. Januar 2008 wurde der Autonome Kreis der Ust-Ordynsker Burjaten in die Oblast Irkutsk eingegliedert (Referendum vom 16. April 2006).

Zum 1. März 2008 vereinigten sich der Autonome Kreis der Aginer Burjaten und die Oblast Tschita zur Region Transbaikalien (russisch: Sabaikalski krai) (Referendum vom 11. März 2007).

Geplante Reformen

- Eingliederung der Jüdischen Autonomen Oblast in die Region Chabarowsk;
- Zusammenschluss der Oblast Archangelsk und des Autonomen Kreises der Nenzen;
- Zusammenschluss der Republik Burjatien mit der Region Transbaikalien zu einer neuen Region Baikal (russ.: Baikalski krai);
- Zusammenschluss der Oblast Kemerowo, der Region Altai sowie der Republik Altai;
- Zusammenschluss der Oblaste Nowosibirsk, Omsk und Tomsk;
- Zusammenschluss der Oblast Tjumen und der Autonomen Kreise der Chanten und Mansen und der Jamal-Nenzen zur Region Tjumen (russ.: Tjumenski krai);
- Eingliederung der Stadt Moskau in die Oblast Moskau;
- Eingliederung der Stadt Sankt Petersburg in die Oblast Leningrad.

Rajon

Unterhalb der regionalen Ebene wird in Russland zwischen *Rajons* und Gemeinden differenziert. Die *Rajons* entsprechen in etwa den deutschen Landkreisen. Bei *Rajons* und Gemeinden handelt es sich nicht um eigenständige politische Ebenen sondern lediglich um zwei Verwaltungsebenen, wobei die *Rajons* über den Kommunen stehen.

Gemäß Artikel 12 der Verfassung besitzen die Kommunen das Recht auf *Selbstverwaltung* und dürfen Entscheidungen bezüglich der Verwaltung kommunalen Eigentums, der Erstellung und Umsetzung des kommunalen Haushalts und der Festlegung lokaler Steuern und Abgaben selbständig treffen. Die Finanzmittel sind für Fragen lokaler Bedeutung vorgesehen, also z.B. der Instandhaltung kommunalen Wohnungseigentums.

Anlage 7

*Vertrag über die Union Souveräner Staaten*²⁹

Die Unterzeichnerstaaten dieses Vertrags gehen von ihren Erklärungen über die staatliche Souveränität aus und erkennen das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung an; unter Beachtung der Ähnlichkeit der historischen Schicksale ihrer Völker und im Bemühen, in Freundschaft und Einvernehmen zu leben, gewährleisten sie die gleichberechtigte Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil; in der Sorge um das materielle Wohlergehen und die geistige Entwicklung, um die gegenseitige Bereicherung der nationalen Kulturen und die Gewährleistung allgemeiner Sicherheit; sowie in dem Wunsch, zuverlässige Garantien für die Rechte und Freiheiten der Bürger zu schaffen, haben sie beschlossen, die Union Souveräner Staaten zu gründen und dabei nach folgenden Vereinbarungen zu verfahren:

I. Grundprinzipien

Erstens: Jede Republik, die dem Unionsvertrag angehört, ist ein souveräner Staat. Die Union der Souveränen Staaten ist ein konföderativer, demokratischer Staat, der die staatliche Macht in den Grenzen der Vollmachten ausübt, mit denen die Vertragspartner ihn freiwillig ausstatten.

Zweitens: Die einzelnen Staaten der Union behalten das Recht, alle Fragen ihrer eigenen Entwicklung selbst zu entscheiden, indem sie allen auf ihrem jeweiligen Territorium lebenden Völkern

²⁹ Der Vertrag wurde in der Moskauer »Prawda« am 27. November 1991 veröffentlicht. Die deutsche Übersetzung folgt dem Abdruck in Michail Gorbatschow: Erinnerungen. Berlin 1995. S. 1140–1152.

gleiche politische Rechte und Möglichkeiten sozioökonomischer sowie kultureller Entwicklung gewährleisten. Die Vertragspartner orientieren sich in ihrer Tätigkeit sowohl an allgemeinemenschlichen als auch an nationalen Werten und wenden sich entschieden gegen Rassismus, Chauvinismus, Nationalismus und alle Versuche, die Rechte von Völkern einzuschränken.

Drittens: Die Staaten der Union halten die Priorität der Menschenrechte gemäß der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und der anderen allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts für ein äußerst wichtiges Prinzip. Allen Bürgern werden die Möglichkeit des Erlernens und der Gebrauch ihrer Muttersprache, der ungehinderte Zugang zu Informationen, die Freiheit des Glaubens sowie andere politische, sozioökonomische und persönliche Rechte und Freiheiten garantiert.

Viertens: Die Staaten der Union halten die Errichtung einer zivilen Gesellschaft für eine zentrale Voraussetzung für die Freiheit und das Wohlergehen der Völker und jedes einzelnen Menschen. Sie werden danach streben, die Bedürfnisse der Menschen durch freie Wahl der Eigentums- und Wirtschaftsformen, durch die Entwicklung eines unionsweiten Marktes und durch die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit zu befriedigen.

Fünftens: Die Staaten der Union bestimmen selbständig ihre national-staatliche und territorial-verwaltungstechnische Struktur sowie das System ihrer Macht- und Verwaltungsorgane. Die Vertragsparteien erkennen die Demokratie auf der Grundlage von Volksvertretungen und der unmittelbaren Willensbekundung der Völker als allgemeines Grundprinzip an und streben nach der Schaffung eines Rechtsstaats, als Garant gegen Totalitarismus und Willkür.

Sechstens: Die Staaten der Union gewährleisten die Erhaltung und Entwicklung der nationalen Traditionen und die staatliche Unterstützung von Bildung, Gesundheitswesen und Kultur. Auf der Grundlage humanistischer Werte und Errungenschaften werden sie zur gegenseitigen Bereicherung einen Austausch

zwischen den Völkern der Union und mit der ganzen Welt fördern.

Siebtens: Die Union der Souveränen Staaten tritt hinsichtlich der internationalen Beziehungen als ein souveräner Staat auf, als Subjekt des Völkerrechts und als Nachfolgerin der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Ihre Hauptziele in der internationalen Politik sind ein stabiler Frieden, Abrüstung, die Vernichtung von Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen, die Zusammenarbeit der Staaten und die Solidarität der Völker bei der Lösung der globalen Menschheitsprobleme. Die Staaten der Union sind vollberechtigte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft. Sie haben das Recht, direkte diplomatische, konsularische und Handelsbeziehungen mit anderen Staaten aufzunehmen und bevollmächtigte Vertretungen auszutauschen, internationale Verträge zu schließen und sich an der Tätigkeit internationaler Organisationen zu beteiligen. Dabei dürfen sie die Interessen anderer Unionsstaaten oder die gemeinsamen Interessen sowie die internationalen Verpflichtungen der Union nicht beeinträchtigen.

II. Der Aufbau der Union

Artikel 1: Mitgliedschaft in der Union. Die Mitgliedschaft in der Union ist freiwillig. Die Unterzeichneten des vorliegenden Vertrags sind Staaten, die unmittelbar eine Union bilden. Die Union ist offen für den Beitritt demokratischer Staaten, die den Vertrag anerkennen. Die Aufnahme neuer Staaten in die Union erfolgt mit Zustimmung aller Teilnehmer am vorliegenden Vertrag. Die Staaten der Union behalten das Recht zum freien Austritt nach der Regelung, die durch die Vertragsparteien festgelegt wurde.

Artikel 2: Staatsbürgerschaft. Der Bürger eines Staates, der Mitglied der Union ist, ist zugleich Bürger der Union. Alle Bürger der Union haben die gleichen Rechte, Freiheiten und Verpflichtungen, wie sie durch Gesetze und internationale Abkommen der Union festgelegt sind.

Artikel 3: Das Territorium der Union. Das Territorium der Union besteht aus den Territorien aller ihrer Mitgliedsstaaten. Die Union garantiert die Unverletzlichkeit der Grenzen der Staaten, die ihr angehören.

Artikel 4: Die Beziehungen zwischen den Staaten der Union. Sie werden durch diesen Vertrag geregelt sowie durch andere Verträge und Abkommen, die diesem nicht widersprechen. Die Vertragsparteien gründen ihre gegenseitigen Beziehungen im Verband der Union auf Gleichheit, Achtung der Souveränität, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Lösung von Konflikten auf friedlichem Wege, Zusammenarbeit, gegenseitige Hilfe sowie gewissenhafte Erfüllung der Verpflichtungen des Unionsvertrags und der Verträge zwischen den Republiken. Die Staaten der Union verpflichten sich, in den Beziehungen untereinander nicht zu Gewalt oder Gewaltandrohung zu greifen, die wechselseitige territoriale Integrität zu achten und keine Verträge zu schließen, die den Zielen der Union zuwiderlaufen oder gegen die Vertragsparteien gerichtet sind.

Artikel 5: Die Streitkräfte der Union. Die Union Souveräner Staaten verfügt über einheitliche Streitkräfte mit zentraler Führung.

Ziele, Bestimmung und Einsatzfolge der gemeinsamen Streitkräfte werden ebenso wie die Kompetenzen der Teilnehmerstaaten auf dem Gebiet der Verteidigung durch eine in diesem Vertrag vorgesehene Übereinkunft geregelt.

Die Vertragsparteien haben das Recht, eigene republikanische Streitkräfte zu bilden, deren Funktion und Stärke in der genannten Übereinkunft bestimmt werden.

Innerhalb des Landes ist der Einsatz der Streitkräfte der Union nicht zulässig, außer bei Hilfsmaßnahmen nach Natur- und ökologischen Katastrophen und in den Fällen, die bei der gesetzlichen Regelung einer Ausnahmesituation vorgesehen sind.

Artikel 6: Die Sphäre der gemeinsamen Zuständigkeit der Vertragsparteien und multilaterale Vereinbarungen. Die Vertragsparteien bilden einen gemeinsamen politischen und ökonomischen

Hoheitsraum und gründen ihre Beziehungen auf die im Vertrag verankerten Prinzipien und deren Vorrangstellung. Die Beziehungen zu Staaten, die nicht der Union Souveräner Staaten angehören, basieren auf den allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts.

Zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Vertragspartner werden Sphären gemeinsamer Kompetenz festgelegt und entsprechende multilaterale Verträge und Vereinbarungen abgeschlossen:

- über die Wirtschaftsgemeinschaft;
- über gemeinsame Verteidigung und kollektive Sicherheit;
- über die Koordination der Außenpolitik;
- über die Koordination gemeinsamer wissenschaftlich-technischer Programme;
- über den Schutz der Menschenrechte und der nationalen Minderheiten;
- über die Koordination gemeinsamer ökologischer Programme;
- auf dem Gebiet der Energiewirtschaft, des Verkehrs, des Nachrichtenwesens und Fragen der Weltraumforschung;
- über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bildungspolitik und der Kultur;
- im Kampf gegen die Kriminalität.

Artikel 7: Die Vollmachten der Unionsorgane. Für die Realisierung der gemeinsamen Aufgaben, die aus dem Vertrag und den multilateralen Vereinbarungen erwachsen, delegieren die Staaten der Union die nötigen Vollmachten an die Unionsorgane.

Die Unionsstaaten beteiligen sich an der Ausübung der Vollmachten der Unionsorgane, indem sie letztere mitgestalten, außerdem durch besondere Prozeduren der Abstimmung und Umsetzung von Entscheidungen. Jede Republik kann nach Absprache die Ausübung einiger ihrer Vollmachten an die Union delegieren; die Union ihrerseits kann im Einvernehmen mit allen anderen Republiken einer oder mehreren von ihnen die Ausübung einzelner Unionsvollmachten auf ihrem Territorium übertragen.

Artikel 8: Eigentum. Die Teilnehmerstaaten des Vertrages gewährleisten die freie Entwicklung und den Schutz aller Formen von Eigentum.

Die Vertragspartner übertragen der Union den Besitz, der für die Ausübung der übertragenen Vollmachten unerlässlich ist. Das Eigentum, das sich im Besitz der Union befindet, wird gemäß den gemeinsamen Interessen der Mitgliedsstaaten verwendet, u. a. zur forcierten Entwicklung rückständiger Regionen. Die Nutzung des Bodens, der Bodenschätze und anderer natürlicher Ressourcen – im Interesse einer Verwirklichung der Vollmachten der Unionsorgane – geschieht in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung dieser Staaten.

Artikel 9: Der Haushalt der Union. Finanzierung des Unionshaushalts und die Kontrolle seines Ausgabenteils wird durch besondere Übereinkunft festgelegt.

Artikel 10: Die Gesetze der Union. Der vorliegende Vertrag und die Deklaration der Menschenrechte bilden die verfassungsmäßige Grundlage der Union Souveräner Staaten.

Unionsgesetze werden in den Fragen verabschiedet, die in die Kompetenz der Union fallen, sowie im Rahmen der Vollmachten, die ihr durch den Vertrag übertragen werden. Ihre Erfüllung auf dem Territorium aller Vertragspartner ist bindend.

Wenn ein Unionsgesetz den vorliegenden Vertrag verletzt, haben die Vertragspartner das Recht, Widerspruch einzulegen und die Wirksamkeit des Gesetzes auf ihrem Territorium aufzuheben.

Die Union, vertreten durch ihre obersten Machtorgane, hat das Recht, gegen ein Gesetz eines Unionsstaates Einspruch zu erheben und seine Gültigkeit aufzuheben, wenn es den vorliegenden Vertrag verletzt.

Streitfälle werden durch Schlichtung behoben oder dem Obersten Gericht der Union übertragen, das innerhalb eines Monats eine endgültige Entscheidung fällt.

III. Die Organe der Union

Artikel 11: Die Bildung der Organe der Union. Die Macht- und Verwaltungsorgane der Union werden auf der Grundlage der freien Willensäußerung der Völker und der Vertretungen der Unionsstaaten geschaffen.

Organisation, Vollmachten und Amtsausübung der Macht- und Verwaltungsorgane werden durch entsprechende Gesetze festgelegt, die dem vorliegenden Vertrag nicht widersprechen dürfen.

Artikel 12: Der Oberste Sowjet der Union. Die gesetzgebende Macht übt der Oberste Sowjet der Union aus, der aus zwei Kammern besteht: dem Sowjet der Republiken und dem Sowjet der Union.

Der Sowjet der Republiken hat je 20 Deputierte aus jedem Staat der Union; diese Deputierten werden von dem obersten Machtorgan des jeweiligen Staates delegiert.

Die RSFSR verfügt im Sowjet der Republiken über 52 Deputierte. Die anderen Vertragsstaaten, zu deren Struktur Republiken und andere autonome Körperschaften gehören, delegieren in den Sowjet der Republiken zusätzlich je einen Deputierten aus jeder Republik und jedem autonomen Gebiet. Zur Gewährleistung der Souveränität der Staaten, die sich am Vertrag beteiligen, und deren Gleichberechtigung wird bei der Abstimmung im Sowjet der Republiken die Konsensregel angewandt.

Der Sowjet der Union wird von der Bevölkerung der Union nach Wahlkreisen mit gleicher Anzahl von Stimmberechtigten gewählt. Dabei wird die Repräsentanz aller Vertragspartner im Sowjet der Union garantiert.

Die Kammern des Obersten Sowjets der Union nehmen gemeinsam neue Staaten in die Union auf, hören den Präsidenten der Union zu den wichtigsten Fragen der Innen- und Außenpolitik, genehmigen den Unionshaushalt sowie den Bericht über seine Erfüllung, erklären Krieg und schließen Frieden.

Der Republikensowjet verabschiedet Gesetze über die Organisation und die Ordnung der Tätigkeit der Unionsorgane; er erörtert Fragen der Beziehungen zwischen den Republiken; er ratifiziert und kündigt internationale Verträge der Union; er gibt seine Zustimmung zur Berufung der Unionsregierung.

Der Unionsowjet erörtert Fragen der Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und verabschiedet Beschlüsse zu allen Fragen, die nicht in der Kompetenz des Republikensowjets liegen.

Gesetze, die vom Unionsowjet angenommen wurden, treten nach ihrer Bestätigung durch den Republikensowjet in Kraft.

Artikel 13: Der Präsident der Union. Der Präsident der Union ist das Oberhaupt des konföderativen Staates.

Der Präsident der Union tritt als Garant für die Einhaltung des Unionsvertrags und der Gesetze der Union ein; er ist der Oberkommandierende der Streitkräfte der Union; er repräsentiert die Union in ihren Beziehungen zu ausländischen Staaten; er übt die Kontrolle über die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen der Union aus.

Der Präsident wird von den Bürgern der Union auf der Grundlage des betreffenden Gesetzes gewählt – für einen Zeitraum von fünf Jahren und für nicht mehr als zwei Amtsperioden hintereinander.

Artikel 14: Der Vizepräsident der Union. Der Vizepräsident der Union wird zusammen mit dem Präsidenten der Union gewählt. Der Vizepräsident der Union erfüllt gemäß seiner Bevollmächtigung durch den Unionspräsidenten einzelne seiner Funktionen.

Artikel 15: Der Staatsrat der Union. Der Staatsrat der Union wird zur Koordinierung der wichtigsten Fragen der Innen- und Außenpolitik der Union Souveräner Staaten gebildet.

Der Staatsrat besteht aus dem Präsidenten der Union und den höchsten Repräsentanten der Vertragspartnerstaaten. Die Arbeit des Staatsrats wird vom Präsidenten der Union geleitet. Die Beschlüsse des Staatsrats sind für alle Organe der Exekutive bindend.

Artikel 16: Die Regierung der Union. Die Regierung der Union ist die Exekutive der Union, dem Präsidenten der Union untergeordnet und vor dem Obersten Sowjet der Union verantwortlich.

An der Spitze der Regierung steht der Premierminister. Der Regierung gehören an: die Regierungschefs der Vertragspartner, der Vorsitzende des Interstaatlichen Wirtschaftskomitees (Erster Stellvertreter des Premierministers), die Stellvertreter des Premierministers und die Ressortleiter, gemäß Übereinkunft zwischen den Vertragspartnern.

Die Regierung der Union wird vom Präsidenten der Union in Übereinstimmung mit dem Republikensowjet des Obersten Sowjets der Union gebildet.

Artikel 17: Das Oberste Gericht der Union. Das Oberste Gericht der Union trifft Entscheidungen über die Übereinstimmung von Gesetzen der Union beziehungsweise der Teilnehmerstaaten mit dem vorliegenden Vertrag und der Deklaration der Menschenrechte, untersucht zivil- und strafrechtliche Tatbestände zwischenstaatlichen Charakters einschließlich der Bürger- und Freiheitsrechte und ist die übergeordnete Instanz für die Militärgerichte. Unter dem Obersten Gericht der Union wird eine Staatsanwaltschaft eingerichtet, die die Erfüllung der Rechtsakte der Union überwacht.

Das Verfahren für die Berufung des Obersten Gerichts der Union wird durch Gesetz festgelegt.

Artikel 18: Das Oberste Schiedsgericht der Union. Das Oberste Schiedsgericht der Union entscheidet Wirtschaftsstreitigkeiten zwischen den Teilnehmerstaaten und Streitsachen zwischen Betrieben, die sich unter der Gerichtsbarkeit verschiedener Vertragspartner befinden.

IV. Schlußbestimmungen

Artikel 19: Die Verkehrssprache der Union. Die Republiken bestimmen selbständig ihre Staatssprache (Staatssprachen). Als Verkehrssprache zwischen den Nationen erkennen die Vertragsparteien die russische Sprache an.

Artikel 20: Die Hauptstadt der Union. Die Hauptstadt der Union ist Moskau.

Artikel 21: Die Staatssymbolik der Union. Die Union hat ein Staatswappen, eine Staatsflagge und eine Staatshymne.

Artikel 22: Veränderung und Erweiterung des Vertrags. Der vorliegende Vertrag oder einzelne seiner Bestimmungen können nur im Einvernehmen mit allen Staaten der Union außer Kraft gesetzt, geändert oder ergänzt werden.

Artikel 23: Inkrafttreten des Vertrages. Der vorliegende Vertrag wird von den obersten Organen der Staatsmacht der Unionsstaaten ratifiziert und tritt mit der Unterzeichnung durch die bevollmächtigten Delegationen in Kraft. Für die Unterzeichnerstaaten verliert vom selben Datum an der Vertrag zur Bildung der UdSSR von 1922 seine Gültigkeit.

Artikel 24: Die Verantwortung für den Vertrag. Die Union und ihre Mitgliedsstaaten tragen die gemeinsame Verantwortung für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen und ersetzen die Schäden, die durch die Verletzung des vorliegenden Vertrags entstehen.

Artikel 25: Die Rechtsnachfolge der Union. Die Union Souveräner Staaten ist die Rechtsnachfolgerin der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die Rechtsnachfolge vollzieht sich unter Beachtung der Festlegungen der Artikel 6 und 23 des vorliegenden Vertrages.

Anlage 8

Fernsehansprache des Präsidenten der UdSSR Michail Gorbatschow an die Bürger der Sowjetunion am 25. Dezember 1991⁵⁰

Liebe Landsleute, Mitbürger!

Angesichts der mit der Bildung der »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten« entstandenen Situation beende ich meine Präsidentschaft. Das Amt des Präsidenten der UdSSR gibt es nicht mehr. Aus prinzipiellen Erwägungen habe ich diese Entscheidung getroffen.

Konsequent bin ich für die Selbständigkeit, die Unabhängigkeit der Völker und die Souveränität der Republiken eingetreten. Gleichzeitig war ich dafür, dass die Einheit des Unionsstaates erhalten bleibt.

Das Schicksal nahm aber einen anderen Verlauf. Es obsiegte der Prozess der Aufteilung des Landes und der Zerfall des Staates, was nicht meine Zustimmung fand. Auch nach dem Treffen von Alma-Ata und den dort gefassten Beschlüssen hat sich meine Haltung nicht geändert. Außerdem vertrete ich den Standpunkt, dass Beschlüsse von einer derartigen Tragweite nur dann gefasst werden sollten, wenn sie auf der Willensäußerung des Volkes beruhen.

Ungeachtet dessen werde ich mich im Rahmen meiner Möglichkeiten dafür einsetzen, dass die gefassten Beschlüsse verwirklicht werden und mit dazu beitragen, das Land aus der Krise zu führen, den Reformprozess zu unterstützen.

⁵⁰ V Politbjuro CK KPSS. Po zapisjam Anatolija Černjajeva, Vadima Medvedeva, Georgija Šachnazarova (1985–1991). Moskva 2006. S. 636–639. Übers. vom Autor – H.R.

Da ich als Präsident der UdSSR das letzte Mal vor Ihnen auf-
trete, erachte ich es als meine Pflicht, Ihnen mein Urteil mit-
zuteilen über den Weg, den wir seit 1985 zurückgelegt haben.
Ich tue dies auch deshalb, weil es darüber widersprüchliche,
oberflächliche und nicht objektive Auffassungen und Meinun-
gen gibt.

Als ich an der Spitze des Staates stand, bestand kein Zweifel
darüber, dass es um unser Land schlecht bestellt war. Das Schick-
sal hatte es so gefügt. Alles war vorhanden: Grund und Boden,
Erdöl, Gas und andere Naturreichtümer, auch mit Talent und
Geist hatte uns Gott gesegnet. Aber unser Leben war um vieles
schlechter als in den entwickelten Ländern; der Rückstand zu
ihnen wurde immer größer.

Die Umklammerung eines bürokratischen Kommandosystems
erstickte die Gesellschaft. Die Ideologie als unsägliche Last und
die Unsummen für die Rüstung stießen an äußere Grenzen.

Alle Versuche, Teilreformen durchzuführen – und es gab nicht
wenige –, sind gescheitert. Das Land blieb ohne Perspektive. Ein
Weiter so war nicht möglich. Alles musste grundlegend verändert
werden. Mein Amt als Generalsekretär habe ich nicht dafür ge-
nutzt, nur um einige Jahre zu »herrschen«. Eine solche Haltung
hielt ich für amoralisch und für unverantwortlich. Es war mir
klar, dass Reformen mit solch einer Tragweite in einem Land wie
dem unsrigen außerordentlich schwer zu verwirklichen und
zugleich äußerst riskant sind. Bis auf den heutigen Tag bin ich
davon überzeugt, dass es historisch richtig war, die im Früh-
jahr 1985 beschlossenen demokratischen Reformen in Angriff
zu nehmen.

Viel komplizierter als wir angenommen hatten erwiesen sich
die Erneuerungsprozesse des Landes und die großen Verän-
derungen, die in der Welt vor sich gegangen sind.

Gleichwohl verdient es Respekt, was wir unternommen haben:

- Die Gesellschaft erhielt Freiheit; sie wurde politisch und geis-
tig von Fesseln befreit. Das ist die wichtigste Errungenschaft.

Sie ist noch nicht restlos erkannt worden. Noch wird es nicht verstanden, diese Freiheit zu nutzen. Das, was hierfür getan worden ist, ist von historischer Bedeutung.

- Ein totalitäres System wurde beseitigt. Lange Zeit hat es verhindert, dass unser Land wohlhabend ist und aufblüht.
- Ein Durchbruch wurde bei der demokratischen Umgestaltung erzielt. Es gibt freie Wahlen, Presse- und Glaubensfreiheit. Es bestehen Organe der Volksvertretung und ein Mehrparteiensystem. Das Menschenrecht wurde als höchstes Prinzip anerkannt.
- Die Wirtschaft wurde pluralistisch. Es wurde die Möglichkeit geschaffen, verschiedene Eigentumsformen zu bilden. Durch die Bodenreform erfolgte eine Wiedergeburt der Bauernschaft. Farmwirtschaften können entstehen. Der Bevölkerung im Dorf und in den Städten werden Millionen Hektar Land übergeben. Es besteht Unternehmensfreiheit, der Gang zur Börse ist möglich.
- Es erfolgt die Einführung der Marktwirtschaft. Sie hat den Interessen der Menschen zu dienen.

In dieser schwierigen Zeit gilt es alles für den Schutz der Menschen zu tun, vor allem für die Fürsorge der Kinder und der Senioren.

Wir leben in einer neuen Welt:

- Beendet wurde der »kalte Krieg«; aufgehoben wurde das Wettrennen, die sinnlose Militarisierung des Landes. Beseitigt wurde die Gefahr eines Weltkrieges. Das Bewusstsein der Menschen und die Moral haben darunter gelitten. Erneut möchte ich betonen, dass von meiner Seite aus alles getan wurde, um in dieser Zeit die sichere Kontrolle der Atomwaffen zu gewährleisten.
- Wir offenbarten uns der Welt, wir sagten uns los von Einmischungen in fremde Angelegenheiten, vom Einsatz der Streitkräfte außerhalb der Landesgrenzen. Geantwortet wurde uns mit Vertrauen, Solidarität und Achtung.

- Wir wurden auf den Grundlagen von Frieden und Demokratie zu einem wichtigen Pfeiler für die Veränderung der heutigen Zivilisation.

Die Völker und Nationalitäten erhielten das Selbstbestimmungsrecht. Es wurde ihnen ermöglicht, Wege zur Reformierung ihrer multinationalen Staaten zu suchen.

Wir waren dabei, einen neuen Unionsvertrag abzuschließen.

Alle diese Veränderungen waren mit gewaltigen Anstrengungen verbunden, sie erfolgten im erbitterten Kampf, unter wachsendem Widerstand alter überlebter reaktionärer Kräfte. Überwunden werden mussten frühere Partei- und Staatsstrukturen, der alte Wirtschaftsapparat sowie unsere Gewohnheit ideologischer Vorbehalte.

Gleichmacherische Psychologie war ebenfalls ein Hindernis. Viel Zeit wurde verloren. Das alte System verfiel, ohne dass ein Neues geschaffen wurde. Die Krise der Gesellschaft verschärfte sich weiter. Mir ist die Unzufriedenheit über die gegenwärtig schwierige Lage bekannt. Ebenso kenne ich die Kritik an den Machtorganen aller Ebenen und an meiner Tätigkeit als Präsident. Es sei noch einmal betont: Grundlegende Veränderungen in einem solchen Land wie in unsrigem können nicht ohne Schmerzen, ohne Schwierigkeiten und ohne Erschütterung vor sich gehen.

Aufs Äußerste verschärft wurde die Krise durch den Putsch im August. Das Allerschlimmste dieser Krise ist der Zerfall der Staatlichkeit. Noch heute schmerzt mich der Verlust der Staatsbürgerschaft der Menschen in unserem großen Land. Die Folgen können in Zukunft schwerwiegend sein.

Lebenswichtig scheint mir, die in der letzten Zeit errungenen demokratischen Verhältnisse zu erhalten. Ihr Fehlen war leidvoll in unserer Geschichte. Sie dürfen unter keinen Umständen, unter keinerlei Vorwänden preisgegeben werden. Andernfalls müssen alle Hoffnungen auf eine bessere Zukunft begraben werden.

Ich spreche über alles offen und ehrlich. Das ist meine moralische Pflicht. Allen Bürgern möchte ich heute meine Anerkennung aussprechen, die die Politik der Erneuerung unterstützt haben, die mitgeholfen haben, die demokratischen Reformen zu verwirklichen. Den Staatsmännern, den politischen und gesellschaftlichen Funktionären, all jenen bin ich dankbar dafür, dass sie unsere Idee verstanden, sie unterstützt haben und für eine echte Zusammenarbeit auf uns zugekommen sind.

Meinen Posten verlasse ich mit Sorge, aber auch mit der Hoffnung, im Glauben an Euch, an Eure Kühnheit und Stärke des Geistes. Von uns Erben einer großen Zivilisation, von uns allen und von jedem Einzelnen ist es abhängig, dass diese Zivilisation wieder auflebt, wieder zu einem neuen würdigen Leben erwacht.

Von ganzem Herzen möchte ich jenen danken, die sich gemeinsam mit mir in diesen Jahren für eine gerechte und gute Sache eingesetzt haben. Zweifellos hätte man diesen oder jenen Fehler vermeiden, manches besser machen können. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass früher oder später unsere gemeinsamen Anstrengungen Früchte tragen werden, dass unsere Völker in einer aufblühenden und demokratischen Gesellschaft leben werden.

Ich wünsche Ihnen alles Gute.

